

Nr. 10/02

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg  
am Montag, 16.12.2002, im PFL**

Anwesend:

**vom Rat:**

Oberbürgermeister Schütz (ab TOP 5)  
Bürgermeister Nehring  
Bürgermeisterin Eilers-Dörfler  
Ratsherr Adler  
Ratsfrau Ahrens  
Ratsherr Bischoff  
Ratsfrau Bockmann (ab TOP 7.5.8)  
Ratsfrau Bollerslev  
Ratsfrau Burdiek  
Ratsfrau Conty  
Ratsfrau Dammers  
Ratsfrau Diederich  
Ratsherr Drieling  
Ratsherr Ellberg  
Ratsfrau Flemming-Schneider  
Ratsfrau Gayk  
Ratsfrau Hartmann  
Ratsherr Harzmann  
Ratsfrau Hille  
Ratsherr Hochmann  
Ratsherr Kaps  
Ratsherr Klarmann  
Ratsherr Dr. Knake  
Ratsherr Krummacker  
Ratsfrau Lück  
Ratsherr Mühlbradt

Ratsfrau Müller  
Ratsherr Müller  
Ratsfrau Multhaupt (ab TOP 7.5.8)  
Ratsfrau Neumann  
Ratsfrau Neumann-Gäßler  
Ratsherr Dr. Niewerth  
Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann  
Ratsherr Norrenbrock  
Ratsherr Dr. Pade  
Ratsherr Reck  
Ratsherr Reinking  
Ratsfrau Rohde-Breitkopf  
Ratsherr Rosenkranz  
Ratsfrau Rudolph  
Ratsfrau Scheibert  
Ratsfrau Scheller  
Ratsherr Schwartz  
Ratsfrau von Seggern  
Ratsherr Siek  
Ratsherr Stratmann  
Ratsherr Tambke  
Ratsherr Thole (ab TOP 4)  
Ratsherr Vahlenkamp  
Ratsfrau Würdemann  
Ratsherr Zietlow

**von der Verwaltung:**

Stadträtin Meyn  
Stadträtin Opphard  
Stadträtin Niggemann  
Stadtbaurat Dr. Pantel

Ltd. Städt. Direktorin von Danckelman  
Städt. Oberrat Sprung  
Pressesprecher Krogmann  
Verw.angest. Jerke als Protokollführerin

**Beginn der Sitzung:** 20:06 Uhr

**Ende der Sitzung:** 00:40 Uhr

**Hinweis:**

Mit Ausnahme der **beigefügten Anlagen 1, 12, 13, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26 und 30** wurden die Vorlagen bereits zur Sitzung übersandt.

## Öffentliche Sitzung

### **1. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Ratsvorsitzender Nehring eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### **2. Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)**

Ratsvorsitzender Nehring weist auf eine redaktionelle Änderung zu Top 6 hin. Es müsse richtig heißen „Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien“. Zu TOP 7.1.1 weist er auf die nachgesandte und geänderte Vorlage 02/0872-1 hin.

Ratsherr Stratmann beantragt für die CDU-Fraktion, in Anbetracht des späten Sitzungsbeginns und des besonderen öffentlichen Interesses den TOP 8 vorzuziehen.

Ratsherr Dr. Knake beantragt, den Veränderungsantrag zur Tagesordnung abzulehnen.

Der Antrag auf Veränderung der Tagesordnung wird abgelehnt.

- mehrheitlich bei 20 Gegenstimmen -

Die Tagesordnung wird in der von der Verwaltung vorgelegten Form genehmigt.

- mehrheitlich mit einer Gegenstimme -

### **3. Genehmigung von Niederschriften (öffentlicher Teil)**

Die Niederschrift Nr. 08/02 vom 28.10.2002 wird vom Rat genehmigt.

- einstimmig -

Ratsherr Dr. Knake weist zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 18.11.2002 zu Seite 11 unten, darauf hin, er habe gesagt, es wären 11 – 12 Mio. € erforderlich, wenn der selbe Cash-Flow erreicht werden würde, wie bei einer 25-Meter-Bahn.

Mit dieser Ergänzung wird die Niederschrift Nr. 09/02 vom 18.11.2002 genehmigt.

- einstimmig -

### **4. Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

- keine -

### **5. Einwohnerfragestunde**

Herr Martin Scheibert stellt Fragen zum Thema Mobilfunkanlagen, die Stadtbaurat Dr. Pantel beantwortet (**Anlage 1**).

Herr Scheibert fragt ergänzend, ob dies im Umkehrschluss bedeute, dass die anderen Anlagen alle baugenehmigungsfrei gewesen seien.

Stadtbaurat Dr. Pantel bestätigt dies. Als zweite Nachfrage möchte Herr Scheibert wissen, ob die Stadt ihre Entscheidung bezüglich der Errichtung der Mobilfunksendeanlagen und der dazu erforderlichen Antennenträger abhängig bzw. unabhängig von den 10-Meter Gesamthöhe der aktuellen Rechtsprechung angleiche und welche Maßnahmen diesbezüglich durchgeführt worden seien.

Stadtbaurat Dr. Pantel bestätigt, dass die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt werde. Die Maßnahmen im Einzelnen seien ihm nicht bekannt, würden aber mit Sachverstand im Arbeitskreis Mobilfunk diskutiert, dem Herr Scheibert selbst angehöre.

## **6. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien** (Anlagen 2 und 3)

- einstimmig festgestellt -

## **7. Verwaltungsausschuss und Fachausschüsse**

### **7.1 Verwaltungsausschuss vom 09.12.2002**

#### **7.1.1 Stellenplan 2003** Vorlage: 02/0870-1 (Anlage 4)

Ratsfrau Diederich leitet ihre Ansprache mit einem Zitat aus dem Personalkostenkonsolidierungskonzept ein, in dem auf die Notwendigkeit von fairen, transparenten und konsequenten Konzepten hingewiesen worden sei. Sie bezweifle, dass der Stellenplan fair, berechenbar und konsequent sei, u. a. auch deswegen, weil gerade in letzter Zeit in den obersten Bereichen Anhebungen und Aufstockungen vorgenommen worden seien. Die Personalkosten seien schließlich mit einem Abzug von 1% gedeckelt worden. Für alle zusätzlichen Personalausgaben, wie z. B. Höhergruppierungen oder Beförderungen, müssen die Budgetverantwortlichen diese weiteren Kosten zusätzlich erwirtschaften, ebenso wie eventuelle Tarifierhöhungen. Dies sei völlig unrealistisch. Von den ursprünglich vorgesehenen fünf Beförderungen von A 14 auf A 15 sei nun noch für drei Stellen die Umsetzung der Beförderung geplant, obwohl für alle Stellen die entsprechenden Bewertungen vorhanden seien. Sie frage sich, wer entscheide, wer zur Steigerung der Motivation befördert werden solle und wer nicht. Ein solches Verfahren sei nicht gerecht. Vor dem Hintergrund der Haushaltslage und der Gleichbehandlung hätte man besser gar keine Beförderungen mehr aussprechen sollen. In den unteren Bereichen würden die Kosten eingespart werden müssen, Stellen würden nicht wieder neu besetzt und die Arbeitsbelastung steige immer weiter an. Die Stimmung unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern würde immer schlechter werden. Höhergruppierungen, wie sie kürzlich im Horst-Janssen-Museum ausgesprochen wurde, seien zwar wünschenswert, aber man könne sich dies aufgrund der Haushaltslage nun mal nicht leisten.

Ratsherr Schwartz sieht im Stellenplan ebenfalls einige Ungerechtigkeiten, wobei seine Fraktion in diesen Einzelfällen im kommenden Jahr Lösungsmöglichkeiten ausloten werde. Nicht nachvollziehbar sei für ihn die Kritik an der Umsetzung der Höhergruppierung der Stelle im Museum, denn die fachkompetente Begleitung der 2. Phase des Marketingkonzeptes sei zur Umsetzung des Gesamtkonzeptes dringend nötig und vor dem Hintergrund der dort ohnehin knappen Personalressourcen gerechtfertigt.

- mehrheitlich bei neun Gegenstimmen -

## **7.2 Werksausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb vom 21.11.2002**

### **7.2.1 Wöchentliche Leerung der Biotonnen in den Sommermonaten 2003 - Entgeltordnung**

Vorlage: 02/0843 (Anlage 5)

- einstimmig -

## **7.3 Ausschuss für Wirtschaftsförderung vom 25.11.2002**

### **7.3.1 Richtlinie der Stadt Oldenburg (Oldb) zur einzelbetrieblichen Förderung von Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)**

Vorlage: 02/0853 (Anlage 6)

- mehrheitlich bei zwei Enthaltungen -

## **7.4 Schulausschuss vom 03.12.2002**

### **7.4.1 Latein als 1. Fremdsprache an der Orientierungsstufe im Schulzentrum Am Flöteenteich**

Vorlage: 02/0901 (Anlage 7)

- mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung -

## **7.5 Haushalts- und Finanzausschuss vom 09.12.2002**

### **7.5.1 Abschnittsbildung und Kostenspaltung für die Straße Am Strehl**

Vorlage: 02/0878 (Anlage 8)

- einstimmig -

### **7.5.2 Aufhebung der Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschlüsse für den Harreweg**

Vorlage: 02/0880 (Anlage 9)

- einstimmig -

- 7.5.3 Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) zur Änderung der Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)  
Vorlage: 02/0794 (Anlage 10)

- einstimmig -

- 7.5.4 Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) zur Änderung der Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Erhebung der Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)  
Vorlage: 02/0872 (Anlagen 11, 12 und 13)

Ratsvorsitzender Nehring weist auf die Ergänzungsvorlage 02/0872-1 hin, die als Tischvorlage verteilt wurde (**Anlage 12**).

Ratsherr Krummacker kritisiert, dass die Beschlussvorlage relativ kurzfristig vor der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vorgelegt wurde und noch einige Fragen offen seien, so dass keine ordnungsgemäße Beratung möglich gewesen sei. Seine Fraktion beantrage daher die Vertagung der Beschlussfassung auf die Ratssitzung im Januar 2003 mit vorheriger Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss. Er übergibt dem Ratsvorsitzenden den schriftlichen Antrag mit der Bitte an die Verwaltung, die drei dort aufgeführten Fragen zu beantworten (**Anlage 13**).

Ratsherr Adler sieht keinen Grund zur Vertagung und den Verweis in den Fachausschuss, da eine Beratung dort bereits erfolgt sei und die dort geforderten ergänzenden Informationen mit der Tischvorlage beantwortet seien. Im Übrigen seien die Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Vergnügungssteuer im Haushaltsplanentwurf 2003 eingestellt und somit müsse die Fraktion konsequenter Weise auch gegen den Beschlussvorschlag zum Haushalt 2003.

Dem Antrag auf **Vertagung** wird zugestimmt.

- mehrheitlich bei neun Gegenstimmen -

- 7.5.5 Überplanmäßige Bewilligung in Höhe von 330.000 EUR für den Haarenausbau  
Vorlage: 02/0912 (Anlage 14)

- einstimmig -

- 7.5.6 Außerplanmäßige Bewilligung in Höhe von 26.000 EUR für den Grunderwerb im Teebkengang  
Vorlage: 02/0913 (Anlage 15)

- mehrheitlich bei sieben Gegenstimmen -

- 7.5.7 Haushaltmäßige Beordnung vermögenswirksamer Maßnahmen des Nettoregiebetriebes im Amt für Stadtgrün und Umwelt (NRB)  
Vorlage: 02/0888 (Anlage 16)

- einstimmig -

7.5.8 Begrüßungsgeld an Studierende mit Hauptwohnung am Studienort Oldenburg  
Vorlage: 02/0849 (Anlage 17)

Ratsfrau Rudolph begrüßt mit Hinweis auf die Kooperationsvereinbarung mit der Carl von Ossietzky Universität die Zahlung eines Begrüßungsgeldes in Höhe von 150,- € an alle Studenten, die sich nach dem 01.01.03 mit Hauptwohnsitz in Oldenburg anmelden und am 30.06. noch mit Hauptwohnsitz gemeldet sind. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erwarte man Mehreinnahmen in Höhe von 400.000,- € durch diese Maßnahme. Auch die zusätzliche Motivation der Studierenden, als Studienort Oldenburg zu wählen, sei unter Berücksichtigung der Steigerung der Wirtschaftskraft nicht zu verkennen.

Ratsfrau Ahrens sieht ebenfalls einen eindeutigen wirtschaftlichen Vorteil in dieser Maßnahme, auch unter Berücksichtigung der zusätzlich entstehenden Verwaltungskosten, die in Kooperation und mit Unterstützung der Universität gering gehalten werden können. Sofern aber festgestellt werden sollte, dass die Einnahmen den Aufwand übersteigen, müsse die Maßnahme unverzüglich beendet werden.

Ratsherr Schwartz begrüßt diese Maßnahme im Hinblick auf die wirtschaftlichen Vorteile ebenfalls. Er wolle in diesem Zusammenhang aber auch auf das immer enger werdende Verhältnis zwischen Politik, Stadt und Universität hinweisen und ist der Auffassung, dass die formale Meldeangelegenheit bei den Studierenden dazu führe, dass sie sich noch enger an die Stadt gebunden fühlen. So ein Solidarisierungseffekt auf emotionaler Ebene sei nicht zu verkennen.

- einstimmig -

7.5.9 Haushalt 2003  
Vorlage 02/0881 (Anlage 18)

Ratsvorsitzender Nehring weist auf die mit Schreiben vom 12.12.2002 übersandten ergänzten Vorlagen zum Haushalt 2003 hin (Anlage 19).

1. Haushaltsplan der selbständigen Stiftungen 2003

- einstimmig -

2. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft 2003

- einstimmig -

3. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Weser-Ems Halle 2003

- mehrheitlich bei neun Gegenstimmen -

4. Wirtschaftsplan des Hafens der Stadt Oldenburg 2003

- mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen -

5. Wirtschaftsplan des Nettoeregietriebes im Amt für Stadtgrün und Umwelt der Stadt Oldenburg 2003

- einstimmig -

6. Haushaltskonsolidierungskonzept 2002 bis 2006

Ratsherr Adler weist im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes besonders auf die Anlage 2, die Aufgabenkritikliste, hin, die mit beschlossen werden solle. Den in der Liste genannten Maßnahmen, bis auf einige wenige verwaltungsinterne Vorschläge, könne man auf gar keinen Fall zustimmen. Beispielfhaft nannte er die Auflösung von Stellwerk, Verkauf der Anteile der GSG, die Reduzierung des Zuschusses an die V.W.G und Schließung von Stadtteilbibliotheken. All diese Maßnahmen seien nicht mit einem „n“ wie „nicht umsetzen“, sondern mit einem „w“, wie „weiterverfolgen“ gekennzeichnet. Wenn das Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossen werde, müsse die politische Verantwortung für die Umsetzung dieser Maßnahmen von den Fraktionen übernommen werden, die der Vorlage zustimmen werden.

Ratsfrau Diederich erläutert, dass bis 2006 ein Schuldenberg in Höhe von 170,7 Mio. € auf die Stadt zukommen werde. Weitere Schulden versteckten sich in „Schattenhaushalten“, wobei die Auslagerung weiterer Bereiche als Eigenbetriebe geplant sei, wie z. B. die IuK-Abteilung und der gesamte Bäderbereich. Zum eigentlichen Konsolidierungskonzept wolle sie besonders auf die ohnehin schon günstige Quote der Personalkosten bezogen auf die Einwohner hinweisen, wobei in der Aufgabenkritikliste eine weitere Verschlinkung vorgesehen sei. Eine Aufgabenkritikliste sei grundsätzlich sinnvoll, sie müsse aber realistisch sein. Im Bereich der sozialen Ausgaben solle beispielsweise eingespart, auf der anderen Seite aber der Personaleinsatz verbessert werden, um z. B. Ansprüche gegen Dritte geltend zu machen. Da aber die Personalkosten gedeckelt seien, gäbe es hier eine Diskrepanz. Die Reduzierung der Zuschüsse an Dritte werde in dem Konzept als erfolgreiche Maßnahme dargestellt, wobei sie aber der Auffassung sei, dass die damit verbundenen Einsparungen in Höhe von 242.000,-- € lediglich ein Tropfen auf dem heißen Stein seien, die in keinem Verhältnis zu den negativen Folgen für die Stadt und die Einrichtungen ständen. Die Kürzungen würden sich in den Folgejahren rächen. Dies gelte auch für die Schließung der Jugendfreizeitstätte Sandkruger Straße. Die Schließung der Realschule Brüderstraße habe sich ebenfalls nicht als ein wirkliches Einsparpotential gezeigt. Aufgrund der Probleme müsse man nicht kleckern sondern klotzen und zwar bei großen Projekten, wie z. B. der Verzicht auf den Bau der Sportarena. Die Folgekosten im Verwaltungshaushalt belasten den defizitären Haushalt auf viele weitere Jahre zusätzlich. Dies könne man sich nicht leisten. Sie betont, aus volkswirtschaftlichen Gründen solle trotz knapper Kassen nicht gänzlich auf Investitionen verzichtet werden. Diese sollten aber sinnvoller und auch notwendiger Weise im Bereich der Sanierung von Schulen, Radwegen und Straßen getätigt werden.

Ratsherr Klarmann begrüßt die im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes vorgelegte Aufgabenkritikliste grundsätzlich, weist aber darauf hin, dass zur Entscheidung der Umsetzung die Einbindung der Fachausschüsse notwendig sei und eingefordert werde. Haushaltskonsolidierung erfordere aber

zusätzliche Maßnahmen. Die mit den Maßnahmen errechneten Einsparungen seien bereits in den Haushalt 2003 mit eingearbeitet. Die Reduzierung der Zuschüsse an Dritte werde begrüßt. Im Bereich der Reduzierung der Zahlungen an Beteiligungen habe es sich die Verwaltung aber nach seiner Auffassung zu leicht gemacht, denn man habe lediglich die Formulierung aus dem Konzept 2002 übernommen, wobei aber der Hinweis auf die Ermittlung des Verkehrswertes der GSG fehle. Hierbei habe es sich ohnehin um einen Ratsbeschluss gehandelt, der aber bisher nicht umgesetzt worden sei. Er erwarte, dass dieser Punkt, der jetzt aus der Aufgabenkritikliste zu entnehmen sei, nun ohne weitere Verzögerungen angegangen werde. Für falsch halte er, die Schließungen der Realschule Brüderstraße und der Jugendfreizeitstätte Bümmerstede als Konsolidierungsmaßnahmen zu bezeichnen, weil es sich nicht um zusätzliche Maßnahmen handle und nun Folgekosten damit verbunden seien. Die Fraktion habe von der Verwaltung erwartet, dass insbesondere im Bereich Soziales Konsolidierungsvorschläge gemacht würden. Dies sei nicht erfolgt. In der vorliegenden Form werde die Fraktion dem Konzept nicht zustimmen.

Ratsherr Krummacker begrüßt, dass mit der Aufgabenkritik die Haushaltskonsolidierung erstmals intensiver angegangen werde und bedankt sich bei der Verwaltung für die bisher geleistete Arbeit. Das Konzept müsse aber weiterentwickelt und umgesetzt werden. Dies sei auch Sache der Politik, wobei es aber nicht bedeuten solle, dass alle mit „w“ gekennzeichneten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt würden. Man müsse die Vorschläge prüfen und könne auch zu anderen Lösungen kommen. Auch Maßnahmen, die bisher nicht für eine Umsetzung vorgesehen seien, sollten eingehender geprüft werden.

Ratsfrau Rudolph betont die Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung, auch wenn eine Kompensation der Steuerausfälle nicht möglich sein werde. Einige Maßnahmen des vorgelegten Konsolidierungskonzeptes, wie z. B. die Zuwendungsrichtlinie und die Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung seien bereits beschlossen. Auch die Aufgabenkritikliste enthalte Maßnahmen, die im Haushalt 2003 berücksichtigt wurden. So habe die Fraktion bereits im letzten Jahr aufgrund der Finanzlage zugestimmt, dass keine Finanzierung des Frauentaxi mehr erfolgen solle. Anders beurteile die Fraktion allerdings die von der Verwaltung ursprünglich beabsichtigten Streichungen der Zuschüsse für JES, Pro Familia und die Streichung einer Sozialarbeiterstelle. Die Haushaltsansätze seien für die Fortführung der Aufgaben notwendig. Die von der Verwaltung ursprünglich vorgeschlagene Erhöhung der Elternbeiträge bei Kindertagesstätten, Krippen und Horten sei ebenfalls zu hoch gewesen ebenso wie die geplante Kürzung der Zuwendungen an die Sportvereine. Die Aufgabenkritikliste enthalte aber auch Maßnahmen, die im Haushaltsplan noch nicht berücksichtigt seien, die aber weiterverfolgt werden müssten, wie z. B. die Änderung von Rechtsformen. Auch stelle sich die Frage, ob Stellwerk im Rahmen der Umsetzung des Harzkonzeptes eventuell überflüssig werde. Über die Verringerung an Zuschüssen an die Weser-Ems Halle und die V.W.G müsse man ebenfalls diskutieren.

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann macht deutlich, dass für die Fraktion der wesentliche Punkt, nämlich Maßnahmen gegen Sozialleistungsmissbrauch in dem Konsolidierungskonzept fehle. Dass es entsprechenden Missbrauch gäbe, hätten auch die anderen Fraktionen inzwischen erkannt. Man habe erwartet,

dass man im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vor dem Hintergrund der beträchtlichen Ausgaben im Sozialhilfereich auch tatsächlich Maßnahmen ergreife, wie es andere Kommunen täten, die z. B. zusätzliche Mitarbeiter zur Missbrauchsbekämpfung eingestellt hätten. Man sehe dringenden Handlungsbedarf und werde seitens der Fraktion die Thematik auch in den Sozialausschuss einbringen.

Oberbürgermeister Schütz stellt fest, dass die Aufgabenkritik grundsätzlich von allen Ratsmitgliedern begrüßt werde, auch wenn nicht alle Fraktionen letztendlich der Beschlussvorlage zustimmen würden. Der Verwaltung spricht er einen Dank für die geleitete Arbeit aus. Er selbst habe anlässlich eines Treffens mit seinen Kollegen aus den Landkreisen Ammerland und Oldenburg den Aufbau gemeinsamer Konsolidierungsstrukturen besprochen. Aufgabenkritik sei ein permanenter Prozess, dem keine Denkverbote entgegenstehen dürften. So sei es insbesondere notwendig, auf veränderte Strukturen zu reagieren, auch wenn dies manchmal schmerzhaft sei. Von Aufgabenkritikprozessen anderer Städte könne man nur lernen. Insbesondere das Konzept der Stadt Freiburg enthalte eine tiefgreifende Aufgabenkritik, die man sich gemeinsam ansehen solle. Im Übrigen fordere er alle Ratsmitglieder auf, eigene Vorschläge und Ideen zur Konsolidierung einzubringen. Zum Umfang der Konsolidierungsmaßnahmen räumt er ein, dass auch durch die Einsparungen im Personalkostenbereich und eine massivste Umsetzung der Aufgabenkritik kein ausgeglichener Haushalt erreicht werden würde, wenn nicht auf Bundes- und Landesebene unterstützende Maßnahmen, wie z. B. Änderung der Gewerbesteuererinnahmen, verabschiedet würden. Insgesamt müsse aber aufgrund der finanziellen Lage mit weiteren schmerzhaften Einschnitten gerechnet werden. Den Vorwurf, man habe keine Maßnahmen zur Bekämpfung von Sozialhilfemissbrauch berücksichtigt, könne so nicht gelten, denn man habe zusätzlich 4 Stellen geschaffen, die Sozialhilfeempfänger verstärkt in Maßnahmen vermitteln und auch den Missbrauch bekämpfen. Im Übrigen sei hier ein Bild vermittelt worden, als ob Sozialhilfe überwiegend missbräuchlich in Anspruch genommen werde. Dies sei völlig falsch.

Ratsherr Stratmann macht noch einmal deutlich, dass alle den Aufgabenkritik-katalog grundsätzlich begrüßen, er tatsächlich aber nur ein ganz geringer Beitrag zur Konsolidierung leiste. Wenn man sich die Ausgaben für Sozialhilfe in Oldenburg ansehe, die mit 65 Mio € Bruttoausgaben über den Ausgaben in Osnabrück lägen, wisse man, wo man ansetzen müsse. Man könne diese erheblichen Mehrausgaben nicht damit begründen, dass Osnabrück eine Industriestadt sei und damit ein höheres Angebot an Niedriglohnangeboten aufweise. Nach seiner Auffassung habe man durch eine falsche Sozialpolitik die hohen Ausgaben und damit die finanzielle Situation selbst zu verschulden, denn bisher habe man viel zu leichtfertig und ohne ausreichende Prüfung der Arbeitsmöglichkeit Sozialhilfe gezahlt. Auch die Bekämpfung von Sozialhilfemissbrauch werde in Oldenburg nicht konsequent angegangen, so dass man sich über die, im Vergleich mit anderen Städten, erheblichen Mehrausgaben nicht zu wundern brauche. Wenn nun beabsichtigt sei, die Thematik intensiver anzugehen, könne man das nur begrüßen.

Ratsfrau Gayk kritisiert an den Redebeiträgen der CDU-Ratsmitglieder, dass man offenbar den Sozialhilfeempfängern die Schuld für die finanzielle Situation

geben wolle, wobei gerade die aktuellen Einschnitte im sozialen Bereich diesen Personenkreis besonders treffen.

Ratsfrau Scheller weist darauf hin, dass von den 4 zusätzlichen Stellen im Sozialamt lediglich 2 Kräfte für die Missbrauchsbekämpfung bzw. für die Geltendmachung von Ansprüchen gegen Dritte eingesetzt seien. Die übrigen Kräfte seien für den neuen Aufgabenbereich der Grundsicherung zuständig. Die besondere Notwendigkeit, Ausgaben im Sozialhilfebereich zu reduzieren, sehe sie aufgrund der hohen Ausgaben in den Bereichen Kranken- und Eingliederungshilfe.

Ratsherr Bischoff kritisiert den ständigen Vorwurf des Sozialhilfemissbrauchs und wirft Herrn Stratmann Wahlkampf zu Lasten der Sozialhilfeempfänger vor. Was fehle, sei tatsächlich Arbeit. Stellwerk habe in den letzten Jahren viel Vermittlungsarbeit geleistet. Diese Arbeit müsse man weiter unterstützen und ausbauen. Sofern sich durch das Hartz-Konzept neue Aspekte und Finanzierungsmodelle ergäben, gelte es, diese gemeinsam zu erarbeiten, statt lediglich nur die Schwächsten in unserer Stadt zu kritisieren.

Ratsherr Dr. Knake wirft Herrn Stratmann ebenfalls Wahlkampf vor und äußert, es entstehe durch seine Äußerungen der Eindruck, als habe man in der Vergangenheit den Sozialhilfemissbrauch geradezu unterstützt. Auf kommunaler Ebene könne man das Problem der insgesamt gestiegenen Sozialhilfeausgaben ohnehin nicht lösen. Dies sei ein Problem auf Bundesebene. Im Übrigen spreche man hier über das Haushaltskonsolidierungskonzept, wobei allen klar sei, dass man den Haushalt tatsächlich nicht konsolidieren könne, weil das strukturelle Defizit im wesentlichen nicht von der Stadt selbst verursacht worden sei, sondern auf die Unterfinanzierung von Bund und Land zurückzuführen sei. Maßnahmen, die auf diesen Ebenen beschlossen würden, seien hauptsächlich von den Kommunen zu finanzieren und führen zu immer größeren Haushaltsdefiziten. Da die meisten Ausgaben tatsächlich kommunal nicht zu beeinflussen seien, wünsche er sich eine deutliche Trennung der Aufgabenbereiche, indem man beispielsweise die Sozialverwaltung dem Bund, die Schul- und Kindergartenverwaltung dem Land übergebe und dort auch die alleinige Finanzierung liege. In der Zuständigkeit der Kommune solle nur der Bereich bleiben, für den tatsächlich eine eigene Entscheidungsbefugnis bestehe. Wünschenswert wäre auch eine eigene Steuer für die Kommunen, die abgekoppelt von der Einkommensteuer mit einem progressiven Steuersatz und der Möglichkeit der Bestimmung eines individuellen Hebesatzes erhoben werden könne. Damit könne man den Bürgerinnen und Bürgern sehr viel transparenter verdeutlichen, dass man zum einem auf Leistung verzichten oder aber höhere Steuern in Kauf nehmen müsse, wobei auch der Aspekt der Mitbestimmung an Bedeutung gewinnen würde. Zwar glaube er derzeit nicht daran, dass dieses ehrlichere Modell eine Chance habe, da Bund und Land weiterhin Aufgaben auf die Kommunen abwälzen wollen, die sie selbst nicht mehr bezahlen können, man dürfe sie aber nicht aus der Verpflichtung entlassen. Unabhängig davon müsse die Stadt aber sämtliche möglichen Einsparpotentiale nutzen und Ausgaben senken.

Stadträtin Niggemann stellt klar, dass der von Herrn Stratmann genannte Betrag in Höhe von 65 Mio. € Brutto-Mehrausgaben in der Sozialhilfe gegenüber

der Stadt Osnabrück nicht richtig sein könne. Im Sozialausschuss werde regelmäßig über die Entwicklung der Kosten der Sozialhilfe berichtet. Intensiv sei dort gerade in den letzten Monaten und Wochen über das Thema Sozialleistungsmissbrauch diskutiert worden, wobei, ebenfalls im Aufsichtsrat von Stellwerk, nur einvernehmlich Maßnahmen und Umorganisationen beschlossen wurden, um den Sozialleistungsmissbrauch zu bekämpfen. Die Mitglieder des Sozialausschusses seien hinreichend informiert und in die Entscheidungsprozesse eingebunden. Aufgrund der einvernehmlichen Beschlüsse in den Gremien könne sie nicht nachvollziehen, weshalb jetzt Kritik geübt werde.

Ratsfrau Eilers-Dörfler äußert, sie wolle sich als Vorsitzende des Sozialausschusses bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialamtes für die Aussagen von Herrn Stratmann entschuldigen, da sein Wortbeitrag den Eindruck erweckt habe, als ob man sich dort nicht an die gesetzlichen Vorgaben halte.

- mehrheitlich bei 24 Gegenstimmen -

Ratsherr Stratmann gibt eine persönliche Erklärung ab. Er stellt klar, er habe mit seinen Aussagen keine Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter des Sozialamtes beleidigt und dies auch nicht beabsichtigt, er habe lediglich die Frage gestellt, womit die Kostenunterschiede im Vergleich zu andern Städten zusammenhängen. Er habe die persönliche Erklärung erbeten, da er etwas dagegen habe, wenn Politiker mit falschen Zahlen agieren, wobei er dies nun selbst getan habe. Er wolle seinen Irrtum klarstellen, und berichtigen, dass es nicht um Mehrausgaben in der Sozialhilfe im Vergleich zu Osnabrück in Höhe von insgesamt 65,- Mio. € gehe, sondern um Mehrausgaben pro Sozialhilfeempfänger in Höhe von 65,- €. Dies ändere aber nichts an der Tatsache, dass ein Kostenunterschied bestehe.

## 7. Haushaltssatzung und Haushaltsplan/Haushaltsbuch 2003

Ratsherr Thole (Rede **Anlage 20**)

Stadträtin Meyn (Rede **Anlage 21**)

Ratsfrau Rudolph (Rede **Anlage 22**)

Zweiter Ratsvorsitzender Reck übernimmt die Sitzungsleitung.

Ratsherr Klarmann (Rede **Anlage 23**)

Ratsherr Dr. Pade (Rede **Anlage 24**)

Ratsherr Adler (Rede **Anlage 25**)

Ratsherr Reinking (Rede **Anlage 26**)

Ratsvorsitzender Nehring übernimmt die Sitzungsleitung.

Oberbürgermeister Schütz erinnert zusammenfassend an die drei Hauptursachen für die finanzielle Lage der Kommunen. Zum Einen sei dies der Einbruch der Gewerbesteuerereinnahmen in Folge der Steuerreform und zum Anderen die Notwendigkeit der massiven Nachfinanzierung der Auswirkungen von Bundes- und Landesgesetzen wie die Bereitstellung von Kindergarten- und Krippenplätzen. Aufgaben würden vermehrt übertragen, ohne dass damit eine Ausstattung mit Finanzmitteln verbunden wäre. Ein weiterer Aspekt und aus seiner Sicht das Hauptproblem sei die Finanzierung der Sozialhilfekosten durch die Kommunen. Der Städtetag erwarte zwar durch die Reform der Kommunalfinanzen und der Steuern eine deutliche Besserung der Lage der Kommunen, er selbst sehe aber auch die Umsetzung des Hartz-Konzeptes als eine reale Chance an, wenn es insbesondere gelänge, eine Finanzierung der Langzeitarbeitslosen durch den Bund fest zu schreiben. In diesem Zusammenhang weist er insbesondere auf die geplanten Job-Centren hin, die bei der Beurteilung der Erwerbsfähigkeit eine entscheidende Rolle spielten, wobei aufgrund der städtischen Bemühungen eines der ersten Centren in Oldenburg eröffnet werde. Im Übrigen werde man das Vorhaben, massiv im konsumtiven und nicht im investiven Bereich einzusparen, weiter verfolgen. Keine Kürzungen würden mehr im Bereich des Schulbaus erfolgen, wobei er besonders froh über das neu aufgelegte Landesprogramm sei. Auch die Kindergartenplätze würden weiter ausgebaut werden. Eine stringendere Handhabung würde aus Kostengründen allerdings bei der Nutzung der Oldenburger Kindergärten durch Kinder aus dem Umland, bisher ca. 120 Fälle, erfolgen. Im Bereich Straßenbau werde man vorrangig notwendige Maßnahmen in Höhe der Möglichkeiten der GVfG-Förderung umsetzen. Auch der Hallenbadbau habe im investiven Bereich Priorität, wobei diese Position intensiv mit der Bezirksregierung diskutiert werde. Es gäbe allerdings keine vergleichbare Stadt, die nicht über ein Hallenbad verfüge. Auch diese Tatsache verdeutliche, dass die Umsetzung der Maßnahme für Oldenburg wichtig sei. Zu den in den Haushaltsreden kritisierten Einschnitten im sozialen Bereich sei es ihm ein besonderes Anliegen, darauf hinzuweisen, dass sowohl im kulturellen, als auch im sozialen und im sportlichen Bereich gleichmäßig ca. 4 % gestrichen worden seien, wobei insbesondere soziale Grundstrukturen aufrecht erhalten worden seien. In erster Linie sei dort gestrichen worden, wo eine Nutzung aus dem Umland eingeflossen sei und Doppelstrukturen vorgehalten worden seien. Insgesamt bedarf es ohnehin einer grundlegenden Reformation des Sozialstaates, wie beispielsweise in den skandinavischen Ländern bereits vollzogen, damit die Grundstrukturen aufrecht erhalten werden können. Alles in allem baue er darauf, dass die Steuerreform und die Umsetzung der Hartz-Pläne greifen, damit sich die Gesamtsituation der Kommunen bessere.

- mehrheitlich bei 24 Gegenstimmen -

#### 8. Finanzplan/Investitionsprogramm 2002 bis 2006

- mehrheitlich bei 24 Gegenstimmen -

## **7.6 Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 05.12.2002**

### **7.6.1 Sanierungsgebiet Johannisviertel/Donnerschweer Straße/Pferdemarkt – Teilaufhebungsbeschluss Vorlage: 02/0887 (Anlage 27)**

- einstimmig -

## **8. Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern**

### **8.1 Sauberes Oldenburg (CDU-Fraktion) (Anlage 28), Vorlage: 02/0934 (Anlage 29)**

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann kritisiert die mit der Vorlage versandten Broschüre und die Auffassung der Verwaltung, „Alles schon geregelt“ mit dem Hinweis auf die Möglichkeiten des § 56 Nds. Gefahrenabwehrgesetz. Sie vertrete die Auffassung, man müsse sehr wohl durch Verordnung tätig werden, wie auch andere Städte, wie z. B. Cuxhaven, Salzgitter und Hildesheim dies tun, und dürfe sich nicht hinter der Landesregierung verstecken. Wenn man sich in Oldenburg umschaue, wisse man, dass Handlungsbedarf bestehe. Es sei vielleicht alles geregelt, aber nichts werde umgesetzt. Man erwarte, dass die Verwaltung tätig werde.

Ratsfrau Gayk vertritt die Auffassung, dass dem Antrag zwar einiges abzugewinnen sei, allerdings sei sie bestürzt, dass mit dem Antrag offenbar insbesondere Randgruppen ausgegrenzt werden sollen.

Ratsfrau Lück ist ebenfalls der Auffassung, dass der Antrag gegen soziale Randgruppen ziele, wobei eine zunehmende Vermüllung nicht verkannt werde. Vordergründig sehe sie den Antrag allerdings als reinen „Wahlkampf Antrag“. Beispielhaft zitierte sie einige Formulierungen aus der vorgeschlagenen Verordnung, die - offenbar unbedacht - z. B. auch ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger treffen könnten, die sich lediglich auf Parkbänken ausruhen wollten. Insgesamt lasse die Gesetzeslage bereits ausreichend ordnungspolitische Maßnahmen zu, die allerdings durch- und umgesetzt werden müssten. Die Fraktion stelle daher folgenden Änderungsantrag: „Die Verwaltung wird beauftragt, Auskünfte über die Praktiken und den personellen Aufwand anderer Städte zur schnellen und konsequenten Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten auf der Basis der vorhandenen Rechtsgrundlagen einzuholen und die Kosten-Nutzen-Relation aufzuzeigen“ (**Anlage 30**).

Ratsherr Schwartz weist darauf hin, dass es aus seiner Sicht aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen keinen Handlungsbedarf gebe und der Antrag ins Leere gehe. Der Bedarf für eine Verordnung bestehe nicht, es gäbe lediglich ein Vollstreckungsdefizit, der insbesondere mit der personellen Situation der Verwaltung zu begründen sei. Denkbar wäre, in Kooperation mit Stellwerk tätig zu werden, wobei allerdings die eingeschränkten Befugnisse hier hinderlich seien. Nicht zu verkennen sei hier aber auch die Aufgabe der staatlichen Polizei, beispielsweise im Rahmen der Möglichkeiten von Überwachung per Videoaufnahmen. Auch der Präventionsrat könne und müsse in die Thematik eingebunden werden, um hier Strategien zu entwickeln. Erfolge im Bereich der

Bekämpfung entsprechender Maßnahmen seien insgesamt schwer nachzuweisen, daher bitte er die Verwaltung um Beantwortung der Frage, wieviel der insgesamt lt. Vorlage angezeigten Ordnungswidrigkeitenverfahren zu einer rechtskräftigen Verurteilung geführt hätten.

Ratsherr Dr. Knake sieht keine Veranlassung, hier tätig zu werden. Durch den Antrag erwecke die CDU den Eindruck, Oldenburg sei total verreckt. Die Vermittlung dieses Eindruckes halte er für völlig überzogen. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Ratsherr Stratmann informiert, er werde von Besuchern, z. B. aus Süddeutschland, oft gefragt, woran es läge, dass in Oldenburg eine derartige Verunreinigung herrsche. Man könne die Thematik nicht weg diskutieren. Das Ziel, mehr Sauberkeit, werde ja offenbar von allen verfolgt. Warum solle in Oldenburg nicht eine entsprechende Verordnung, wie z. B., in den bereits genannten Städten und neuerdings auch in Braunschweig, möglich sein. Verwahrlosung sei der Anfang aller Kriminalität. Hier gelte es frühzeitig zu handeln.

Ratsfrau Bockmann vertritt die Auffassung, Landes- und Bundesgesetzes sollten nicht im Rat der Stadt Oldenburg grundsätzlich diskutiert werden. Es gäbe Gesetze, deren Verfolgung sich aufgrund gesellschaftlicher Probleme schwierig gestalten. Beispielhaft nannte sie das Vorgehen von sog. Sprayern. Im Übrigen plädiere sie dafür, dass im Oldenburger Rat kein Landtagswahlkampf geführt werden solle.

Ratsfrau Müller unterstützt die Aussage zu den grundsätzlichen gesellschaftlichen Problemen mit einem konkreten Beispiel. Sie weist auf die oft fehlende Zivilcourage hin.

Ratsherr Krummacker ist der Auffassung, dass das Ziel des Antrages zwar begrüßenswert sei, aber kein Gesetzesdefizit sondern ein Vollzugsdefizit bestehe.

Ratsherr Norrenbrock sieht ebenfalls keinen Handlungsbedarf; es sei bereits alles geregelt. Wenn hier u. a. die Situation der Obdachlosen angesprochen werden, so weise er auf die in der Stadt vorhandenen Obdachlosenunterkünfte hin.

**Der Änderungsantrag wird abgelehnt.**

- mehrheitlich bei 26 Gegenstimmen –

Der Antrag der CDU wird abgelehnt.

- mehrheitlich bei 15 Gegenstimmen -

## 8.2 Mobilfunksendeanlagen im Stadtgebiet (Bündnis 90/Die Grünen) (Anlage 31), Vorlage: 02/02/0937 (Anlage 32)

Ratsherr Dr. Pade weist darauf hin, dass der Antrag dazu dienen solle, dem Arbeitskreis Mobilfunk einen Rahmen zu geben und deutlich zu machen, dass die Ratsfraktionen die Arbeit unterstützen. Gleichzeitig solle die Stadt aufge-

rufen werden, den Beispielen anderer Kommunen zu folgen und ihrer Verantwortung auf dem Gebiet Mobilfunk gerecht zu werden. Kurz beschreibt er die Arbeit des Arbeitskreises, der nun im wesentlichen eine Synopse erarbeite, die für das weitere Vorgehen als Grundlage dienen solle. Er stellt klar, dass der Antrag der Arbeit des Arbeitskreises nicht vorgreifen wolle. Anschließend erläutert er die fünf im Antrag genannten Forderungen, die im Wesentlichen auf mehr Transparenz abzielen, wie z. B. durch ein öffentlich zugängliches Mobilfunkkataster und Suchkreise. Einige Städte hätten dies bereits umgesetzt. Bezüglich der geforderten Vereinbarungen mit den Betreibern wisse man um die Schwierigkeiten und den Aufwand, wobei sich ein Versuch lohne. Eine Verantwortung und Fürsorgepflicht läge aus seiner Sicht bei der Stadt, wenn es um Aufklärungsaktionen in Schulen zu den Risiken gehe. Letztendlich solle die Stadt alle ihre Möglichkeiten nutzen, die sie habe, um sich für eine deutliche Reduzierung der Grenzwerte einzusetzen. Beispielhaft nannte er die Aktivitäten der Stadt Göttingen.

Ratsfrau Gayk begrüßt grundsätzlich den Antrag der Fraktion, würde es aber begrüßen, wenn die Thematik im Fachausschuss beraten werden würde, was auch im Februar der Fall sein werde. Sie schlage vor, den Antrag im Fachausschuss zu behandeln und dann erst im Rat.

Ratsherr Reck weist auf die Vereinbarung im Arbeitskreis Mobilfunk hin, wobei besprochen worden sei, am 29.01.03 das weitere Vorgehen abzustimmen. Er könne es nicht gutheißen, nun durch einen Ratsbeschluss dem Arbeitskreis ein Korsett aufzuzwingen. Es dürften keine Fronten aufgebaut werden. Im Übrigen habe der Arbeitskreis Mobilfunk und die Verwaltung bereits sehr viel getan, dafür wolle er sich bedanken. Bezüglich der Reduzierung der Grenzwerte, müsse über die Land- und Bundestagsabgeordneten Einfluß genommen werden, wobei eine Handymfreie Zone nicht realisierbar sei. Die Möglichkeiten, die die Stadt habe, tätig zu werden, seien soweit ausgeschöpft.

Ratsherr Krummacker ist ebenfalls der Auffassung, der Arbeit des Arbeitskreises würde durch den Antrag vorgegriffen. Im Übrigen seien mit dem Antrag auch haushaltsrelevante Dinge betroffen, für die keine Finanzierungsvorschläge vorgebracht worden seien. Er plädiere ebenfalls für einen Verweis in den Fachausschuss.

Ratsfrau Lück sieht in den Forderungen kein Korsett für die Arbeit des Arbeitskreises, im Gegenteil, Veranstaltungen zu den Themen hätten gezeigt, dass sehr wohl Handlungsbedarf bestehe. Bisher habe man entsprechende Probleme eher verniedlicht und ausgesessen. Kinder und Jugendliche seien auf die Gefahren der Handynutzung hinzuweisen. Hier müsse auch die Stadt Verantwortung tragen. Im Übrigen habe sie Bedenken, dass der Arbeitskreis ohnehin kurzfristig aufgelöst werden solle.

Dem Verweisungsantrag wird zugestimmt.

- mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen -

**8.3 Ersatztrasse für den schienengebundenen Jade-Weser-Port-Güterverkehr (CDU-Fraktion)**

(Anlage 33), Vorlage: 02/0933 (Anlage 34)

Ratsherr Stratmann zieht den Antrag mit Hinweis auf die ausführliche Verwaltungsvorlage zurück.

**8.4 Sport- und Freizeitbad Hunte (CDU-Fraktion)**

(Anlage 35)

Ratsherr Klarmann informiert, dass die Fraktion sich mit dem bereits gefassten Beschluss nicht zufrieden gebe, da man das Argument der Verwaltung, ein Nebenangebot sei rechtlich nicht zulässig, in Frage stelle. Man erwarte von der Verwaltung eine rechtlich fundierte Stellungnahme.

Ratsherr Dr. Knake hält es für eine Zumutung, sich erneut mit der Thematik zu befassen, zumal der Beschluss erst in der letzten Sitzung von dem zuständigen Gremium, dem Verwaltungsausschuss, gefasst worden sei. Er beantragt Nichtbefassung.

Ratsherr Adler unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion mit dem Hinweis, dass die Argumentation der Verwaltung, ein Nebenangebot sei rechtlich nicht zulässig, nicht nachvollziehbar und rechtlich nicht eindeutig geklärt sei. Man erwarte hier eine umfassende Klärung.

Ratsherr Stratmann weist darauf hin, dass im Verwaltungsausschuss eventuell eine Entscheidung getroffen worden sei, die unter den falschen Voraussetzungen zustande gekommen sei. Er bezweifle nach wie vor, dass ein Nebenangebot rechtlich nicht zulässig sei.

Dem Antrag auf **Nichtbefassung** wird **zugestimmt**.

- mehrheitlich mit 29 Stimmen -

N e h r i n g

Ratsvorsitzender

R e c k

stv. Ratsvorsitzender

S c h ü t z

Oberbürgermeister

J e r k e

Protokollführerin

Ratssitzung am 16.12.2002  
Einwohnerfragen von Herrn Martin Scheibert

Frage 1:

Wie viele Mobilfunk-Antennen sind in Oldenburg bis zum 01.12.2002 aufgebaut worden und wie viele davon sind bereits in Betrieb?

Antwort:

Es liegen zurzeit für 68 Standorte Bauanzeigen mit insgesamt 419 Mobilfunkantennen vor. Leider war es bisher aus personellen Gründen nicht möglich, vor Ort zu überprüfen, welche Anlagen tatsächlich aufgebaut bzw. in Betrieb genommen wurden.

Frage 2:

Bei welchen Mobilfunk-Anlagen in Oldenburg ist ein Baugenehmigungsverfahren eingeleitet und ggf. mit welchem Ergebnis durchgeführt worden?

Antwort:

Es wurden bislang sieben Baugenehmigungsverfahren für Mobilfunksende-Anlagen eingeleitet, sechs davon wurden an folgenden Standorten positiv beschieden:

- August-Wilhelm-Kühnholz-Straße 4
- Großmarktstraße 2
- Elbestraße 7 a
- Elsflether Straße 2
- Bloherfelder Straße 235
- Stau 199 - 203 (Erweiterung)

Derzeit sind 104 Suchkreise für die Stadt Oldenburg im Gespräch, wobei noch offen ist, inwieweit bereits vorhandene Standorte genutzt werden können.

## TISCHVORLAGE

<b>Amt für Controlling und Finanzen</b>	<b>Vorlagen-Nr:</b> <b>02/0872-1</b>	<b>öffentlich</b>
<b>TOP 7.5.4</b>		
<b>Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) zur Änderung der Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Erhebung der Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)</b>		
<b>Beratungsfolge: Rat am 16.12.2002</b>		

### Bericht:

Am 12.12.2002 wurde ein Gespräch mit Vertretern der Automatenaufsteller geführt.

Die Gesprächspartner wiesen umfassend auf die schwierige Lage der Automatenaufsteller hin. Sie erklärten, dass viele Automaten schon heute am Rand der Rentabilität arbeiteten. Bei einer Erhöhung der Steuersätze drohten sie mit dem Abbau von Automaten und der Schließung von Spielhallen, wobei dann auch Arbeitsplätze wegfallen würden. Dabei blieb offen, ob nicht auch ohne eine Erhöhung der Steuersätze Automaten abgemeldet würden. Wohl zur Unterstreichung dieser Forderungen wurde eine Mitteilung über die Schließung einer Spielhalle zum 01.01.2003 überreicht.

Wenn es als Folge einer Steuererhöhung zu Abmeldungen kommt, dann muss davon ausgegangen werden, dass zum Teil auch ohne die Erhöhung aus Rentabilitätsgründen eine Abmeldung erfolgt wäre. Der Umsatz in Spielhallen durch Jugendliche ist nach Aussage der Gesprächsteilnehmer rückläufig. Dies belegten auch die vorgelegten Zahlen über aufgestellte Automaten in anderen Städten. Die Vertreter der Automatenaufsteller räumten ein, dass die Branche unter umfassenden strukturellen Problemen leide. Die zunehmende Zahl an Unterhaltungsmöglichkeiten (u. a. Internet, Computerspiele, Video) bildeten eine immer stärkere Konkurrenz.

Im Gespräch konnte abschließend nicht dargelegt werden, dass ein Rückgang der Automaten, der nach den vorgelegten Unterlagen wohl in vielen Städten in den letzten Jahren eingetreten ist, überwiegend auf die Vergnügungssteuer bzw. eine Erhöhung der Steuersätze zurückzuführen ist.

Ein möglicher Rückgang der aufgestellten Automaten wurde bei der Kalkulation der Mehreinnahmen berücksichtigt, indem rund 20 % der sich ergebenden Mehreinnahme bei der Haushaltsanmeldung unberücksichtigt gelassen wurde.

Es ist nachvollziehbar, dass sich die Vertreter der Automatenaufsteller mit allen Argumenten gegen eine Erhöhung der Steuersätze ausgesprochen haben. Eine höhere Steuer schmälert in jedem Fall ihren Ertrag. Ein einvernehmliches Gesprächsergebnis konnte daher auch nicht erwartet bzw. erzielt werden.

Die Stadt Osnabrück hat im August 2002 die Erhöhung der Steuersätze zum 01.01.2003 beschlossen. Die Steuersätze liegen über den Sätzen, die in Oldenburg erhoben werden sollen (siehe Anlage zur Vorlage 02/0872). Nach aktuellen Erkenntnissen will z.B. die Stadt Wildeshausen die Vergnügungssteuersätze um ca. 100 %

Stadt Oldenburg (Oldb)  
Der Oberbürgermeister

anheben. Die geplanten Steuersätze liegen dann alle weit über den Sätzen, die Oldenburg plant.

Vor dem Hintergrund der Haushaltssituation der Stadt Oldenburg sollte daher an der geplanten Erhöhung festgehalten werden.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

In Vertretung

M e y n

Ratssitzung am 16.12.2002 - TOP Haushalt 2003  
Haushaltsrede des Ausschussvorsitzenden Ratsherr Thole

(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren,

zum Haushalt 2003 liegen Ihnen die Vorschläge des Haushalts- und Finanzausschusses vor.

Die Entwürfe der Verwaltung, die erstmals auf Produktbasis gefertigt wurden, sind den Ratsmitgliedern im Oktober übersandt worden.

Die Fachausschüsse und die Fraktionen haben ihre Änderungsvorschläge eingebracht; der Haushalts- und Finanzausschuss und der Verwaltungsausschuss haben am 09.12.2002 abschließend beraten.

**Zum Verwaltungshaushalt:**

Der Verwaltungshaushalt 2003 weist noch einen strukturellen Fehlbedarf von rund 29,9 Mio. EUR aus. Hart getroffen haben die Stadt für den Haushalt 2003 die Ergebnisse der Steuererschätzung im November. Die sich hieraus ergebenden Einnahmeausfälle im Verwaltungshaushalt betragen rund 6,3 Mio. EUR und verschlechterten damit auch das strukturelle Defizit um diese Summe.

Die reduzierten Einnahmeerwartungen für die Gewerbesteuer, die Anteile aus der Einkommen- und Umsatzsteuer, sowie aus dem Finanzausgleich sind in den Haushaltsentwurf 2003 eingearbeitet worden. Auf diesem reduzierten Niveau werden auch die Werte im Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2006 fortgeschrieben.

Die Finanzsituation der Kommunen und auch der Stadt Oldenburg hat sich damit erneut nicht entspannt, sondern fordert weiterhin einen strikten Sparkurs mit Ausgabenkürzungen und -streichungen auf allen Gebieten. Diese Entwicklung erfordert auch für 2003 Einschnitte im kommunalen Leistungsangebot. Entsprechende Kürzungen sind im Haushalt 2003 umgesetzt worden.

Ob die anstehende Gemeindefinanzreform für die Kommunen wie gehofft und gefordert wirklich eine Verbesserung der finanziellen Grundlagen bringen wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht zu erkennen.

Aus der neuen Finanzplanung ergibt sich, dass ein Abbau der aufgelaufenen Defizite nicht eintreten wird. Zwar wird nach den bisherigen Berechnungen das jährliche strukturelle Defizit in den Jahren 2004 bis 2006 rückläufig sein, aber dennoch dazu führen, dass das bisher schon aufgelaufene Defizit weiterhin, wenn auch abgeschwächt, steigen wird.

**Zum Vermögenshaushalt:**

Im Vermögenshaushalt mussten von den angemeldeten Maßnahmen für den Haushalt 2003 Maßnahmen verschoben oder gekürzt werden, um die sich ergebende Nettoneuverschuldung im Rahmen zu halten.

Gleichwohl ist es erklärte Absicht des Oberbürgermeisters, die vom Haushalts- und Finanzausschuss unterstützt wird, die Investitionen nicht noch weiter zurückzufahren, sondern wieder mehr zu investieren, auch wenn dadurch eine maßvolle Nettoneuverschuldung eintritt. Es bleibt abzuwarten, ob die Bezirksregierung Weser-Ems überzeugt werden kann, diese Planung für 2003 zu akzeptieren.

In ersten Gesprächen hat die Bezirksregierung erkennen lassen, dass der durch die Stadt 2002 beschrittene sowie für den Haushalt 2003 fortgeführte Kurs mit geplanten Einsparungen bei den Personalkosten, den Beteiligungen sowie bei den Zuwendungen an Dritte unterstützt wird. Dazu haben auch die dargestellten Planungen im Haushaltskonsolidierungskonzept (Personalkostenkonsolidierung und Aufgabenkritik) beigetragen.

Die Gespräche lassen noch offen, ob die Bezirksregierung trotz der dramatischen Haushaltslage den Haushalt 2003 mit einem erneut hohen Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt und einer, wenn auch maßvollen, Nettoneuverschuldung wie vorgelegt genehmigen wird.

Der Haushalts- und Finanzausschusses empfiehlt daher dem Rat die Annahme folgender Beschlussvorschläge:

1. Haushaltskonsolidierungskonzept 2002 bis 2006
2. Haushaltssatzung und Haushaltsplan/Haushaltsbuch 2003
3. Finanzplan/Investitionsprogramm 2002 bis 2006.

Im Übrigen verweise ich auf die Ihnen vorliegenden Vorlagen.

Ich wünsche uns einen positiven Verlauf der Ratssitzung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ratssitzung am 16.12.2002 - TOP Haushalt 2003

Haushaltsrede Frau Stadträtin Meyn

(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalt 2003 stellt in zweifacher Hinsicht eine Premiere dar. Zum einen ist es der erste Haushalt, den ich Ihnen als Kämmerin der Stadt Oldenburg vorlege. Zum anderen ist es der erste Haushalt der Stadt Oldenburg, der umfassend auf Produktbasis aufgestellt und beraten wurde.

Diese neue Systematik ist ein erster kleiner Schritt zur Umstellung der kommunalen Haushaltswirtschaft auf die Doppik, die landesweit eingeführt werden soll, für die es aber noch keine gesetzlichen Regelungen gibt. Für die Doppik, und die ebenfalls notwendige Kosten- und Leistungsrechnung, bilden die Produkte und die ihnen zugeordneten Leistungen das Fundament. Auf dieser Grundlage kann zukünftig abgelesen werden, wie hoch die Kosten sind, die die einzelnen Produkte und Leistungen erzeugen. Gleichzeitig bietet die neue Systematik Möglichkeiten, durch Festlegung, Änderung oder Ergänzung der Ziele, das jeweilige Produkt konkret zu steuern.

Die Beratungen auf Produktbasis waren uns alle noch ungewohnt. Manche Fragen sind auch noch offen geblieben, denn die neuen Strukturen müssen noch weiterentwickelt und verbessert werden. Ich möchte Ihnen daher an dieser Stelle für Ihr Verständnis und Ihre Mitarbeit danken. Die Umstellung der kommunalen Haushaltswirtschaft auf die Doppik mit grundlegend neuen Strukturen ist für die Kommunen eine große Herausforderung und komplexe Aufgabe, die sehr personalintensiv ist, Geld und Zeit kosten wird und deshalb nur gemeinsam von Verwaltung und Politik gelöst werden kann.

Eins muss uns jedoch klar sein: der Umstieg auf die neue Haushaltssystematik und die Einführung der Doppik können unsere Haushaltsprobleme nicht lösen. Eine Kosten- und Leistungsrechnung mag Kostenbewusstsein fördern, Budgetierung mag zu wirtschaftlicherem Handeln anhalten oder gar zwingen, Produkte können für mehr Transparenz sorgen. Im Ergebnis wird es aber doch darauf ankommen, die Haushalte entweder mit höheren Einnahmen oder mit Kürzungen auf der Ausgabenseite oder mit beidem zu konsolidieren.

Die Entwicklung der kommunalen Finanzen, die auch an der Stadt Oldenburg nicht spurlos vorüber geht, nimmt immer bedrohlichere Formen an. Diese Situation macht die anstehende Umstellung des kommunalen Finanzwesens nicht einfacher, sondern bringt noch zusätzliche Probleme mit sich.

Stichworte wie „steigende Kassenkredite“, „wachsende Defizite“, „wegbrechende Einnahmen“, „Ausgaben senken“, „Zuschüsse kürzen“, „Standards herunterfahren“, oder „Aufgaben streichen“ waren bei der Haushaltsaufstellung 2003 unsere ständigen Begleiter.

Ich kann Ihnen aber trotz aller Bemühungen heute nur einen Haushaltsentwurf vorlegen, der das Ziel, für 2003 einen Wiederholungshaushalt 2002 mit möglichst geringem Defizit aufzustellen, nicht einhalten kann. Mit rund 29,9 Mio. EUR liegt das strukturelle Defizit 2003 weit über dem strukturellen Defizit 2002, dass ursprünglich

mit 29,5 Mio. EUR beschlossen, durch den Beitrittsbeschluss auf 25,5 Mio. EUR reduziert wurde und das sich in Laufe des Jahres 2002 insbesondere durch Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer und aus dem Finanzausgleich noch erheblich verringert hat. Unsere Prognose liegt jetzt bei rund 17,6 Mio. EUR.

Da wir dieses Mal noch ohne Eckwertebeschluss auskommen mussten, wurden den Ämtern im Vorfeld der Haushaltsanmeldungen Zielwerte für die Budgets vorgegeben:

- **Personalkosten - Ansatz 2002 minus 1% und**
- **Sachkosten - minus 3,1 %.**

Diese Zielwerte wurden überwiegend eingehalten. Die Haushaltsanmeldungen der Ämter ergaben im Verwaltungshaushalt folgende Summen:

<b>Gesamteinnahmen in Höhe von</b>	<b>rd. 278,8 Mio. EUR und</b>
<b>Gesamtausgaben in Höhe von</b>	<b>rd. 339,7 Mio. EUR, ein</b>
<b>Fehlbedarf in 2003 von</b>	<b>rd. 60,9 Mio. EUR abzüglich dem</b>
<b>Fehlbedarf 2001</b>	<b>rd. - 35,0 Mio. EUR, mithin ein</b>
<b>Struktureller Fehlbedarf 2003 von</b>	<b>rd. 25,9 Mio. EUR.</b>

In den internen Haushaltsberatungen, in denen die Ämter ihre Anmeldungen begründen mussten und durch anschließende Vorschläge der Verwaltung, die Ihnen im Vorfeld dieser Beratungen als Änderungsliste 1 der Verwaltung übersandt wurden, haben Kürzungen, Streichungen und erste Maßnahmen der Aufgabenkritik eine Verbesserung gebracht, die das strukturelle Haushaltsdefizit zwischenzeitlich auf 23,7 Mio. EUR sinken ließ, es wurden also mehr als 2 Mio. Einsparungen erzielt. Nach den Einnahmeausfällen aus der neuesten Steuerschätzung von Mitte November 2002, die in den Änderungslisten 2 und 3 der Verwaltung enthalten sind, ergeben sich jetzt aber folgende Zahlen:

<b>Gesamteinnahmen in Höhe von</b>	<b>rd. 272,7 Mio. EUR und</b>
<b>Gesamtausgaben in Höhe von</b>	<b>rd. 337,6 Mio. EUR, ein</b>
<b>Fehlbedarf in 2003 von</b>	<b>rd. 64,9 Mio. EUR abzüglich dem</b>
<b>Fehlbedarf 2001</b>	<b>rd. - 35,0 Mio. EUR, mithin ein</b>
<b>Struktureller Fehlbedarf 2003 von</b>	<b>rd. 29,9 Mio. EUR.</b>

In diesen Zahlen sind die Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses und des Verwaltungsausschusses vom 09.12.2002 enthalten. Und das bedeutet, meine Damen und Herren, dass die jüngsten Prognosen für die Steuereinnahmen 2003 unsere Einsparungsbemühungen mit einem Schlage zunichte gemacht haben.

Diese Entwicklung darf uns aber nicht davon abhalten, auch weiter energisch nach Potentialen zur Haushaltskonsolidierung zu suchen. Unsere Schwerpunkte waren und sind hier die **Personalkosten, die Ausgaben im sozialen Bereich, die Leistungen an die Beteiligten, die freiwilligen Zuwendungen an Dritte, die allgemeinen Sachkosten und die Maßnahmen der Aufgabenkritik.**

Die Stadt hat insbesondere bei den **Personalkosten** für die Ämter enge Zielwerte vorgegeben. So konnten die Personalkosten für 2003 auf dem Niveau 2002 gehalten werden. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung sollen die Personalkosten weiter gesenkt werden. Gerade die Personalkosten nimmt auch die Bezirksregierung immer wieder in den Blick, obwohl Oldenburg auch 2002 schon beim Vergleich der Personalkosten/je Einwohner mit den anderen großen Städten in Niedersachsen am günstigsten dasteht. Diese Daten wurden Ihnen im Haushaltskonsolidierungskonzept, Anlage 4 (Konzept zur Personalkostenkonsolidierung) bereits vorgelegt. Dies Kon-

zept stellt auch Möglichkeiten vor, mit denen neue Wege beschritten werden sollen und die zu uns weiteren Einsparungen im Personalkostenbereich führen sollen.

Bei der Einsparung von Personalkosten haben wir bereits viele Möglichkeiten ausgeschöpft und nur noch wenig Spielraum. Die Talsohle ist zwar noch nicht erreicht, aber wir können sie schon sehen. Durch Arbeitsverdichtung und hohe Erwartungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten die Aufgaben bisher noch erledigt werden, aber es zeichnet sich bereits ab, dass schon heute, spätestens aber nach weiteren Personaleinsparungen, auch Aufgaben zurückgefahren oder gestrichen werden müssen. Eine Reihe von Maßnahmen sind hierzu bereits in der Ergebnisliste zur Aufgabenkritik enthalten.

Die Ausgaben für **Soziale Leistungen** stellen mit rund 101,3 Mio. EUR den größten Ausgabenblock dar. Hiervon entfallen rund 83,6 Mio. EUR auf Soziale Hilfen und davon wiederum rund 67,2 Mio. EUR auf Sozialhilfeausgaben. Bei diesen Ausgaben soll durch geeignete Maßnahmen versucht werden Mittel einzusparen. Es bleibt außerdem abzuwarten, wie sich diese Hilfeart im Rahmen der Umsetzung des Hartz-Konzeptes entwickeln wird. Möglicherweise muss dann auch die städtische Beschäftigungsgesellschaft „Stellwerk“ mindestens umstrukturiert werden, wenn, wie vorgesehen, alle arbeitsfähigen Hilfeempfänger zukünftig den neu einzurichtenden Job-Centern zugeordnet werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Stadt durch die Umsetzung des Hartz-Konzeptes eine Entlastung erfährt. Zur Zeit ist jedoch nicht zu beziffern, wie sich dies per Saldo auf die städtischen Finanzen auswirken würde. Daher muss es Ziel aller Anstrengungen sein, die Aufwendungen weiter zu senken. Dies kann unter anderem bis zum Inkrafttreten des Hartz-Konzeptes durch die Hilfe zur Arbeit erfolgen. In 2002 wurde die Zahl der gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeitsplätze in verschiedenen Ämtern bereits erheblich erhöht und ein sog. Jugendbüro eingerichtet, das verstärkt arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene in Beschäftigungsverhältnisse und Qualifizierungsmaßnahmen vermittelt.

Bei den Ausgaben für die Sozialhilfe ist, unter Beachtung der Änderungen durch die Grundsicherung, von einer Stagnation ausgegangen worden. Dies Ziel soll erreicht werden, indem alle Einsparpotentiale genutzt werden. Insbesondere die Eingangsberatung soll intensiviert und die Suche nach alternativen Hilfen verstärkt werden. Außerdem soll die Missbrauchsbekämpfung weiter gestärkt werden, wodurch ebenfalls Einsparungen erwartet werden. Daher wurde auch im Finanzplan für die Sozialhilfe keine Steigerung eingerechnet.

Auch die **Beteiligungen** wurden erneut in die Haushaltskonsolidierung einbezogen. Dazu wurde den Beteiligungen mitgeteilt, dass die Betriebskostenzuschüsse für 2003 den Ansatz 2002 minus 3,1 % nicht überschreiten dürfen. Darüber hinaus führe ich mit einzelnen Beteiligungen zur Zeit konkrete Gespräche um weitere Einsparungen für die Zukunft zu erreichen.

Bei den **freiwilligen Zuschüssen an Dritte** wurden in den internen Haushaltsberatungen rund 240.000 EUR eingespart. Wenn diese Kürzungen in Einzelfällen auch schmerzen, so sind sie doch mit Blick auf den Haushalt und das Konsolidierungserfordernis notwendig. Ich bitte dies auch bei den gleich folgenden Beratungen über die Wiederaufnahme von verschiedenen Zuschüssen an Dritte zu berücksichtigen, ansonsten würde die eingesparte Summe auf 73.900 EUR zusammenschmelzen.

Gleichzeitig treten zum 01.01.2003 die Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen der Stadt Oldenburg in Kraft. Ich erwarte, dass durch die strikte Anwendung

der Richtlinien die Mittel zielgerichteter als bisher eingesetzt werden und in der Summe die Zuwendungen zurückgefahren werden können. Außerdem sollen im Zuge der Anwendung dieser Richtlinien die unbaren Leistungen der Stadt weiter überprüft werden und es soll versucht werden, für möglichst viele der bisher unentgeltlich überlassenen Grundstücks- und Raumnutzungen zukünftig ein Entgelt zu vereinbaren.

Als weiterer Schwerpunkt wurde, wie bereits im Haushaltskonsolidierungskonzept 2002 angekündigt, ein Prozess zur flächendeckenden **Aufgabenkritik** eingeleitet. Viele Maßnahmen wurden diskutiert, bewertet und in eine Liste zur Umsetzung oder Prüfung aufgenommen. Einzelne Maßnahmen wurden auch verworfen oder zurückgestellt. Die Liste der einzelnen Maßnahmen ist dem Ihnen vorliegenden Haushaltskonsolidierungskonzept 2002 - 2006 als Anlage 2 beigefügt worden.

Aus der Aufgabenkritik konnte für den Haushalt 2003 bereits ein Einsparvolumen von rund 1,5 Mio. EUR erzielt werden. Als Beispiel sei hier die Schließung von Einrichtungen, wie z.B. der Stadtbildstelle, oder die Auslagerung von Aufgaben, wie z.B. die Betreuung der Ausleihe der Artothek an den Bund Bildender Künstler genannt. Die Liste dieser bereits eingeplanten Maßnahmen ist dem Haushaltskonsolidierungskonzept in der Anlage 2 ebenfalls beigefügt. Sie können aus den genannten Maßnahmen erkennen, dass in der Aufgabenkritik noch ein großes Potential schlummert, daher wird dieser Prozess mit hoher Intensität fortgeführt.

Der Haushalt 2003 weist gegenüber dem Haushalt 2002 - Basis Beitrittsbeschluss - nach Abzug der jeweiligen Fehlbeträge aus Vorjahren Mehrausgaben in Höhe von rund 10,8 Mio. EUR aus. Diese Mehrausgaben sind jedoch in vollem Umfang auf Positionen zurückzuführen, die von der Stadt nicht zu beeinflussen sind.

Zu nennen sind insbesondere

- |                         |  |
|-------------------------|--|
| die Gewerbesteuerumlage | - die Umlage wird 2003 um 12 Punkte erhöht                               |
| die Jugendhilfe         | - Mehrbedarf durch höhere Fallzahlen                                     |
| die Energiekosten       | - steigende Strom- und Gaspreise   |
| die Kassenkreditzinsen  | - durch das steigende Defizit steigen auch die notwendigen Kassenkredite |
| die Kreditmarktzinsen   | - durch neu aufgenommene Darlehen.                                       |

Weitere Mehrkosten werden durch entsprechende Einnahmen ausgeglichen, wie z.B.

- |                          |   |
|--------------------------|---|
| die Grundsicherung       | - die zum 01.01.2003 neu eingeführt wird,   |
| die Wohngeldleistungen   | - die in voller Höhe erstattet werden   |
| die Rettungsdienstkosten | - die über die Gebühren der kostenrechnenden Einrichtung Rettungsdienst gedeckt werden. |

Aus Sicht der Kämmerin muss ich Ihnen sagen, wir haben im Verwaltungshaushalt soviel gestrichen, dass die Luft mehr als raus ist. Nur wenn wir Aufgaben streichen und dadurch Personal- und Sachkosten einsparen können ist noch eine weitere Konsolidierung möglich. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass die Aufgabenerfüllung der Stadt Oldenburg auch in Zukunft erhalten bleiben muss.

Ich habe nun die ganze Zeit über die Ausgaben geredet. Was uns aber viel mehr Sorgen bereitet, sind die Einnahmen. Die Gewerbesteuer, einst mit Abstand die größte Einnahmeposition (1999 - 61,3 Mio. EUR, 2000 - 48,5 Mio. EUR, 2001 - 45,6 Mio. EUR, 2002 - 45.0 Mio. EUR) bricht 2003 nach den Aussagen der letzten Steuerschätzung voraussichtlich weiter ein. Wir mussten daher den Haushaltsansatz 2003 - von 42,5 Mio. EUR auf 40,5 Mio. EUR reduzieren. Dabei bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen die wirtschaftliche Entwicklung in 2002 und 2003 auf die Vorauszahlungen und die nachträglichen Festsetzungen der Gewerbesteuer haben wird. Insbe-

sondere mögliche Wertberichtigungen für die niedrigen Aktienkurse werden sich bei einigen Gewerbesteuerpflichtigen negativ auf die Betriebsergebnisse und damit auf die zu zahlende Gewerbesteuer auswirken. Diese Verschlechterungen werden uns, wenn sie denn eintreten, 2003 erreichen. Gleichzeitig wird die Stadt 2003 über die Gewerbesteuerumlage, die erneut um 12 Punkte steigt, zusätzlich belastet.

Auch die Einnahmen aus dem Finanzausgleich schrumpfen. Wenn das Land durch wegbrechende Steuereinnahmen weniger Geld zur Verfügung hat - nach der neuesten Steuerschätzung sinkt die Finanzausgleichsmasse 2003 in Niedersachsen um 422 Mio. EUR -, dann merken es die Kommunen über den Finanzausgleich. Der Stadt fehlen dadurch 2003 gegenüber der Planung auf der Grundlage der vom Land noch im August 2002 veröffentlichten Daten rund 4,4 Mio. EUR – und das, obwohl die Stadt Oldenburg in der Regel sehr positiv am Finanzausgleich partizipiert.

Außerdem fehlen nach den Steuerschätzungsdaten auch rund 900.000 EUR bei den Anteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Vergleich zu den Planungsdaten 2003 auf der Grundlage der Orientierungsdaten aus dem August 2002.

Diese Einnahmeausfälle können nicht ausgeglichen werden und erhöhen somit das strukturelle Defizit auf rund 29.9 Mio. EUR. Unsere Einsparungen auf der Ausgaben-seite wurden so auf einen Schlag zunichte gemacht.

Diese Entwicklung zeigt aber auch, dass die Kommunen aus der Finanzmisere nur heraus kommen können, wenn über die Gemeindefinanzreform für eine ausreichende Finanzausstattung gesorgt wird. Die Kommunen können ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger vielfach nicht mehr so erfüllen, wie es notwendig wäre. Sie müssen den Spielraum zurückerhalten, den ihnen Bund und Länder in den letzten Jahren immer mehr genommen haben. Diese Forderung hat bereits Petra Roth, Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, im Frühjahr 2002 mit der Aussage bekräftigt: „Die Städte brauchen wieder Luft zum Atmen, denn viele stehen vor dem finanziellen Kollaps“. Ich glaube, diesem Satz kann man auch in Oldenburg nur zustimmen.

Ich möchte jetzt auf den **Vermögenshaushalt** und das **Investitionsprogramm** zu sprechen kommen.

Von den insgesamt veranschlagten 56,5 Mio. EUR sind 5,2 Mio. EUR für Umschuldungen abzusetzen, so dass sich rund 51,3 Mio. EUR an neuen Ausgaben ergeben. Der Kreditbedarf beträgt rund 16,5 Mio. EUR. Nach Abzug der vorgesehenen Tilgung von 8,9 Mio. EUR ergibt sich eine Neuverschuldung von rund 7,6 Mio. EUR. Sollte die Bezirksregierung auch für 2003 eine Neuverschuldung ablehnen, muss dies als unrealistische Forderung abgelehnt werden, die vor dem Hintergrund der letzten Jahre, in denen sich die Stadt entschuldet hat, wenig hilfreich ist. Eine Zurückführung der Neuverschuldung 2003 auf Null würde bedeuten, dass sowohl das Huntebad als auch viele der bereits begonnenen Maßnahmen im Schul-, Kindertagesstätten- und Straßenbau gestrichen werden müssten. Dem kann hier wohl niemand zustimmen.

Von den ursprünglich durch die Fachbereiche angemeldeten Ausgaben für Investitionen wurden in den verwaltungsinternen Beratungen bereits Maßnahmen in einer Größenordnung von rund 5,2 Mio. EUR gestrichen, gekürzt oder auf Folgejahre verschoben. Damit verbleibt in 2003 für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ein Betrag von 42,2 Mio. EUR erhalten. Hiervon entfallen 25,9 Mio. EUR auf Baumaßnahmen. Die Investitionen noch weiter zu kürzen, halte ich für unwirtschaftlich und damit für nicht sinnvoll.

Durch die Verschiebung von Investitionsmaßnahmen in die Folgejahre, um die Neuverschuldung in 2003 zu reduzieren, entsteht bereits jetzt in 2004 und 2005 eine erhöhte Investitionssumme und damit eine höhere Neuverschuldung (2004 - 21,9 Mio. EUR, 2005 13,2 Mio. EUR). Die größte Maßnahme in diesen beiden Jahren ist mit insgesamt rund 17,5 Mio. EUR das neue Huntebad.

Bei der sehr geringen Neuverschuldung im Jahr 2006 (0,7 Mio. EUR) muss beachtet werden, dass für die Anmeldung zum Haushalt 2003 und zum Investitionsprogramm 2002 - 2006 keine neuen Baumaßnahmen im Vermögenshaushalt akzeptiert wurden. Insoweit würden sich die Zahlen für die Folgejahre, insbesondere 2006 noch erhöhen, wenn über die veranschlagten Fortsetzungsmaßnahmen hinaus neue Vorhaben eingestellt würden.

Für Verpflichtungsermächtigungen sind Mittel in Höhe von 23,8 Mio. EUR, davon 17,5 Mio. EUR für das Huntebad, eingeplant worden.

Für die Liquidität werden im Jahr 2003 in der Spitze unter Berücksichtigung der Fehlbeträge der Vorjahre Kassenkredite in Höhe von rund 125 Mio. EUR notwendig. Diese Kassenkredite belasten den Haushalt mit Zinsen in Höhe von rund 4 Mio. EUR, wobei eine stagnierende Zinsentwicklung im kurzfristigen Bereich für 2003 vorausgesetzt wird.

Zum Finanzplan ist zu sagen, dass die Ausgabenseite ohne, bzw. für einzelne Ausgaben nur mit einer Steigerung von 1% hochgerechnet wurden. Für die Einnahmen werden noch die notwendigen Anpassungen aufgrund der Ergebnisse der Steuerschätzung vorgenommen. Der Finanzplan zeigt, dass die strukturellen Defizite in den kommenden Jahren voraussichtlich wohl nicht mehr so groß sein werden. Diese Aussage beruht jedoch ausschließlich auf den Daten den aktuellen Steuerschätzungen. Ob sich die Entwicklung tatsächlich ins Positive richtet, weist zum gegenwärtigen Zeitpunkt wohl niemand. Gemessen an der Qualität der letzten Prognosen dürften Zweifel wohl angebracht sein. Eins ist jedenfalls sicher: Der Gesamtfehlbedarf und damit auch die Kassenkredite werden weiterhin steigen.

Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie gleich noch über beantragte Änderungen, insbesondere über Ausgabenerhöhungen beraten und abstimmen, dann denken Sie bitte an meine Ausführungen. Jeder Euro, der aufgesattelt wird, erhöht unser strukturelles Defizit. Jede Kürzung der Ausgaben entlastet die Stadt.

Verzichten Sie daher auf zusätzliche Ausgaben, stimmen Sie dem von der Verwaltung vorgelegten Haushalt zu und unterstützen Sie damit die gemeinsamen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung. Nur dieser Weg kann uns unserem Ziel, die Finanzsituation der Stadt auf Dauer wieder zu verbessern, näher bringen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Ratssitzung am 16.12.2002 – TOP Haushaltsplan 2003  
Haushaltsrede von Ratsfrau Rudolph

(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren

Mit dem Haushalt 2003 wurde uns zum 1. Mal ein Haushalt vorgelegt, der nicht nach kameralistischen Grundsätzen aufgestellt wurde.

Die finanzielle Lage der Stadt Oldenburg lässt nur wenige Änderungen zu. Auf einige unserer Änderungswünsche möchte ich hier eingehen.

Verwaltungshaushalt

Kulturgutvermittlung:

Die Anziehungskraft eines Museums besteht u.a. aus Ausstellungen. Wenn man Geld in den Bau eines Museums investiert, muss man in der Folge auch die Anziehungskraft erhalten bzw. stärken. Aus diesem Grunde möchten wir, dass der Ansatz für Ausstellungen um 30 000€ erhöht wird. Es ist damit zu rechnen, dass die Ausgaben für die Ausstellungen durch die zu erzielenden Einnahmen gedeckt werden. Darüber hinaus wird durch zusätzliche Ausstellungen der weiche Standortfaktor gestärkt.

Tag der Umwelt:

Abweichend vom Vorschlag der Verwaltung möchten wir den Tag der Umwelt weiterhin jährlich stattfinden lassen und den Umweltschutzpreis jährlich vergeben.

Frauenhäuser:

Nach den vorgelegten Unterlagen kommen rd. 40 % der Frauen, die in den Jahren 1999 bis 2001 die beiden Frauenhäuser aufgesucht haben, aus Oldenburg. Etwa 28% kommen aus den umliegenden Landkreisen, die kein Frauenhaus haben und rd. 18 % nicht aus dem Regierungsbezirk. Das bedeutet also, dass ein Frauenhaus ausreichend wäre. Darüber hinaus müsste sich auf lange Sicht aus dem Gewaltschutzgesetz auch eine Entlastung der Frauenhäuser ergeben.

Die Finanzlage zwingt die Stadt, nur noch in Höhe des eigenen Bedarfs Plätze anzubieten. Abweichend vom Vorschlag der Verwaltung soll das Frauenhaus der AWO aber nicht sofort, sondern erst zum 30.9.03 geschlossen werden, um eine ordentliche Abwicklung zu gewährleisten bzw. Zeit zu geben, mit den Landkreisen weitere Verhandlungen über einen Standort in einem der Landkreise zu führen.

Jugendfreizeitstätten:

Die Jugendfreizeitstätte Kiek in soll mit einem Zuschuss von 10 000 € gefördert werden und die Jugendfreizeitstätte Frisbi soll für die Einrichtung von Hortbetreuung 7300 € erhalten.

.Förderung von Familien:

Im letzten Jahr wurde Kindern im Rahmen der Ferienpassaktion die Benutzung des Schwimmbades ermöglicht. Wir möchten die Benutzung des Schwimmbades den Kindern von Geringverdienenden ermöglichen. Daher soll es künftig einen Oldenburger Schwimmpass geben. Die Verwaltung wird aufgefordert, hierfür eine Verfahrensweise evtl. kleiner Beitrag der Kinder und einfache Ermittlung des berechtigten Personenkreises zu erarbeiten, damit der Ansatz ausreichend ist.

Elternbeiträge für KiTas:

Der Einrichtung einer neuen Stufe 1 für Eltern mit einem Einkommen über 4500 € stimmen wir zu. Wie ich bereits vorhin ausgeführt habe, halten wir die Erhöhung der Stufen 2 und 3 um 10 bzw. 9 € für zu hoch. Für diese beiden Stufen schlagen wir eine Erhöhung um je 5 € vor. Aus dieser Erhöhung ergeben sich dann Mehreinnahmen in Höhe von 36 000 €.

Sportvereine:

Die Zuschüsse für Leistungssport und Breitensport wurden von der Verwaltung überdurchschnittlich gekürzt. Sportvereine leisten einen erheblichen Teil der Präventionsarbeit. Wir sind der Auffassung, dass hier nur eine Kürzung wie in allen anderen Bereichen auch vorgenommen werden darf.

Zuschuß Also und Donna:

Also und Donna nehmen Aufgaben wahr, die auch vom Sozialamt, dem Arbeitsamt und anderen Träger wahrgenommen werden. Darüber hinaus nehmen beide teilweise die gleichen Aufgaben wahr. Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass in der Finanzausschusssitzung keine Beschlüsse zu Donna und Also gefasst wurden. Sehr überrascht war ich daher am letzten Dienstag über die Plakate von Donna und Also, die die Streichung der Mittel für Donna und Also beinhalteten.

Die Verwaltung hatte die beiden Einrichtungen aufgefordert, ein gemeinsames Konzept vorzulegen. Zunächst haben Also und Donna dies abgelehnt. Zwischenzeitlich liegt ein Schreiben mit einem „Konzept“ vor. Aber dieses Konzept berücksichtigt in keiner Weise, dass Doppelstrukturen nicht mehr möglich sind. Bei genauerer Betrachtung stellt man sogar fest, dass es sich um das alte Konzept der Also handelt, bei dem offensichtlich nur das Datum ausgetauscht wurde. Mit diesem Konzept ist allerdings eine weitere Förderung nicht möglich. Allenfalls ist es möglich, den Donna-Frauen, die für die Durchführung ihrer Arbeit teilweise Bürgschaften übernommen haben sollen, die nachgewiesenen Kosten zu erstatten, denn ehrenamtliches Engagement soll nicht dadurch bestraft werden, dass diese Frauen finanzielle Nachteile haben.

### Vermögenshaushalt

Wir begrüßen es, dass die Verwaltung trotz der knappen Mittel für Neubau und Sanierungsmaßnahmen von Schulen 4,3 Mio € einsetzen wollte. Die Mittel aus dem Schulbausanierungsprogramm des Landes sollen in voller Höhe zusätzlich für die Sanierung von Schulen verwendet werden. Diese zusätzliche Investition findet unsere volle Zustimmung, denn sie erspart uns entsprechende Änderungsanträge. Über die Vorlagen der Verwaltung hinaus beantragen wir daher lediglich 50 000 € für den Umbau/ die Sanierung des 3. Flügels der GS Haflinger Straße und einen Zuschuss für die Sanierung des Schulladheimes in Bissel. Außerdem soll der Bau der KiTA Herrenweg um ein Jahr vorgezogen werden. Dadurch entstehen in diesem Jahr zusätzliche Kosten in Höhe von 40 000 €.

Sport und Freizeitbad Hunte:

Mit der Aufnahme der Verpflichtungsermächtigung für das Huntebad ist ein weiterer Schritt zur Realisierung der Baumaßnahme getan worden. Wir begrüßen dies ausdrücklich.

Unter Top 7.3.1 haben wir der Richtlinie für die einzelbetriebliche Förderung von Investitionen kleiner und mittlerer Betriebe zugestimmt. Dem Vorschlag der Verwaltung, für diese Förderung wird ausdrücklich zugestimmt. Wir versprechen uns dadurch auf Dauer höhere Einnahmen bei der Gewerbesteuer.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(CDU-Fraktion: Herr Klarmann – es gilt das gesprochene Wort)

16. Dezember 2002

## Haushaltsrede 2003

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
meine Damen und Herren,

wir haben uns alle – Politik und Verwaltung – beim 2002er-Haushalt **sehr schwer getan**. Es war für Sie, Herr Oberbürgermeister, der erste Haushalt – er wurde spät vorgestellt und verabschiedet und die Bezirksregierung ließ sich über 3 Monate mit der Prüfung und Genehmigung Zeit.

Das soll mit dem Haushalt für das Jahr 2003 anders werden.

Ich sage an dieser Stelle Dank, Herr Oberbürgermeister, an die Verwaltung, - dass Sie es geschafft haben, einen Entwurf vorzulegen, der dann auch in der Kürze der Zeit von der Politik beraten werden konnte, um ihn dann heute in der Dezember-Sitzung zu verabschieden.

Ob das neue Haushaltssystem von allen verstanden bzw. gelesen werden konnte, mag ich zu bezweifeln. – Hier muss an der Vereinfachung noch stark gearbeitet werden.

Sie haben, Herr Oberbürgermeister, für das Jahr 2002 einen Wiederholungs-Haushalt gefordert und haben sich mit Ihrem Entwurf auch 2003 im Großen und Ganzen daran gehalten.

Da die katastrophale Haushaltssituation der Stadt Oldenburg – extern, wie aber auch intern verursacht – der Politik wenig Spielraum der Gestaltung gibt, haben sich die Änderungsvorschläge der CDU-Fraktion auch nur auf ein paar Prioritäten festgelegt.

Die Ratsmehrheit hat ja – wie man lesen konnte – „Duftnoten“ gesetzt. Ich rieche keine!

Zum Verwaltungshaushalt:

Wir wollen den Zuschuss „Arbeitsstelle Dialog der Universität“ in Höhe von 7.800 Euro streichen. Da die CDU-Fraktion der Meinung ist, dass die Arbeit von der Universität geleistet werden kann.

Wir den wollen den Zuschuss für Suchtkranke um 20.000 Euro erhöhen.

Wir wollen das AWO-Frauenhaus erhalten, gleichzeitig den Sockelbetrag für das Autonome Frauenhaus streichen. Es ist doch nur ein vorgeschobenes Argument der Verwaltung, das von der AWO angemietete Gebäude zu verkaufen.

Wir wollen die Zuschüsse für den Sport auf den Haushaltsansatz von 2002 bringen, um die Existenz der Vereine in Oldenburg zu sichern.

Die Kürzungen der Verwaltung in dem Bereich Sport kommen „einem

Schlag ins Gesicht“ aller uneigennützig und ehrenamtlich für die Vereine Tätigen gleich.

Wir wollen die Stadtteilbibliotheken erhalten.

Nachdem der Rat beschlossen hat, der BUGA für 2015 eine Absage zu erteilen, ist die CDU-Fraktion der Meinung, die Haushaltsmittel aus dem 2003er Ansatz zu streichen, **ohne** dass dadurch die weitere planerische Entwicklung des Fliegerhorstes eingestellt wird.

Wir wollen aber auch die Horteinrichtung „Frisbee“ in Krusenbusch. Gerade die dringende Notwendigkeit, aber auch die Möglichkeit, eine Hortgruppe in der Jugendfreizeitstätte Krusenbusch einzurichten, unterstützt die CDU-Fraktion.

Auch sagt die CDU-Fraktion „Nein“ zu der Anhebung der Elternbeiträge für den Besuch von Kindertagesstätten. Eine verdeckte Steuererhöhung können wir uns in der heutigen Situation nicht erlauben.

Die CDU-Fraktion will, dass für den Bau einer Sporthalle im Stadtsüden ein Zeichen gesetzt wird und hat deshalb 80.000 Euro für die Anmietung einer noch zu bauenden Sporthalle im Stadtsüden in den Haushalt eingesetzt.

Wenn man den Vorschlag ernst nimmt, der ja von der SPD/FDP und dem Oberbürgermeister kam, als sogenannte „intelligente Lösung“ die Sporthalle von der GSG bauen zu lassen, muss man den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen. Dies hat die Ratsmehrheit im Haushalts- und Finanzausschuss aber nicht getan.

Deshalb bezweifle ich die Ernsthaftigkeit, meine Damen und Herren. Auch, da erst vor wenigen Tagen die Sportdezernentin ein erstes Gespräch mit der GSG geführt hat und nicht einmal schon vorhandene Pläne vorgestellt hat. Wann soll dann diese „intelligente Lösung“ umgesetzt werden? Diese Frage geht an die Ratsmehrheit, die auch im Sportausschuss nach dem Huntebad als weitere Priorität die Sporthalle GVO gefordert hat.

Im Vermögenshaushalt erwartet die CDU-Fraktion, dass zum Beispiel der Straßenbau „Drögen-Hasen-Weg“ zurückgestellt wird. Gleichzeitig stellen wir Mittel für den Kunstrasenplatz Flötenteich von 640.000 Euro in das **Investitionsprogramm 2005** ein.

Auch schlägt die CDU-Fraktion vor, beim Grunderwerb **2 Mio. Euro** einzusparen, da

1. die Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken stark zurückgegangen und die Entwicklung in den Gewerbegebieten rückläufig ist.
2. Bebauungspläne in Arbeit sind und
3. große Vorratsflächen, wie zum Beispiel am Kiebitzweg schon 2002 gekauft wurden.

Auch wenn die Wirtschaft bemängelt, die Fördermittel der Stadt Oldenburg bleiben aus, und Sie sagen, Herr Oberbürgermeister, ich zitiere: „Hier dürfte man allerdings nicht vergessen, das es nichts zu verteilen gäbe. Das werden wir in Zukunft aber wieder ändern. 300.000 Euro jährlich sollen für diesen Bereich in den städtischen Haushalt veranschlagt werden“ – Ende des Zitats.

Herr Oberbürgermeister hier machen Sie schon wieder öffentliche Versprechungen. Machen Sie den Vorschlag und wenn die Haushaltsslage es zulässt werden wir beschließen, ob es machbar ist oder nicht.

Im Haushalts- und Finanzausschuss wurde von der Ratsmehrheit kein einziger von den guten Änderungsvorschlägen der CDU-Fraktion übernommen. Ich bedauere dieses.

Die CDU-Fraktion wird dem von SPD/FDP so geänderten Haushalt 2003 nicht zustimmen.

## Haushaltsrede 2003

### Haushaltsklarheit und -wahrheit

Über Oldenburg schwebt der Pleitegeier. Die enorme Finanzklemme unserer Kommune ist dabei nichts einzigartiges; bundesweit sehen sich Städte in einer ähnlich fatalen Situation. Es steht hier wie überall außer Frage, dass gespart werden muss. Aber im vorliegenden Haushalt dreht es sich nicht um Sparen mit Sinn und Verstand, sondern um ein Streichkonzert mit einem deutlich erkennbaren Leitmotiv, nämlich bestimmten Themen bzw. Gruppen klar zu machen, dass man keinen Wert auf sie legt, dass sie überflüssig sind - sprich: Sparen vor allen Dingen bei den Schwächsten.

Ich möchte mich auf einige Fallbeispiele beschränken, und zwar auf Einrichtungen, die durch die Kürzungen nicht nur betroffen, sondern zum Teil sogar zerstört werden. In allen Fällen und natürlich auch weiteren stellte unsere Fraktion einen Änderungsantrag zum Haushalt mit dem Ziel, diese Einrichtungen weiter zu unterstützen.

Die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg – kurz ALSO - gibt es seit zwanzig Jahren. Im letzten Jahr hat sie beispielsweise über 4000 Menschen beraten – nicht nur Arbeitslose, wie ihr Name nahe legt, sondern auch Erwerbslose, Sozialhilfeberechtigte, Geringverdienende. Gerade in ihrem Sozialberatungsangebot ist die ALSO für viele Menschen *die* Beratungsstelle schlechthin.

Die ALSO finanziert sich aus drei Quellen: städtische Mittel, Landesmittel sowie Mittel des Europäischen Sozialfonds. Bedingung für den Bezug der EU-Mittel ist der Bezug von Landesmitteln, Bedingung dafür ist wiederum Bezug von städtischen Mitteln. Mit anderen Worten: fallen die städtischen Mittel weg, bricht die Finanzierung auf einen Schlag zusammen. Und das wird wohl geschehen, denn Verwaltung und sozialliberale Koalition (und auch die CDU) sind sich einig darin, den Zuschuss für die ALSO auf Null zu setzen, sind sich darin einig, diese sozialpolitisch engagierte Einrichtung und kritische Instanz "platt zu machen". Damit würden wir eine von insgesamt nur 10 Beratungsstellen in ganz Niedersachsen verlieren, die von der EU gefördert werden, um – so wörtlich - "neue Strategien zur Bekämpfung und Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit zu entwickeln und zu erproben."

Um welche Beträge handelt es sich? Die erforderlichen städtischen Mittel betragen rund 50.000 € der Verlust an Landes- und EU-Mitteln beläuft sich im Vergleich auf knapp 80.000€. Bei anderen, genehmeren Projekten wäre es Grund genug für deren Durchführung, wenn sie zu fast 60% mit Drittmitteln finanzierbar wären. Im Fall der ALSO zählt das Argument offensichtlich nicht.

Begründet wird das Vorgehen damit, dass Arbeitsamt und Stellwerk ja die Beratung übernehmen könnten. Das ist aber ein Scheinargument. Denn, wenn die Hartz-Pläne einschlagen, soll Stellwerk abgewickelt werden; das steht in der verwaltungsinternen Aufgabenkritik längst auf der Agenda. Arbeitsamt und Sozialamt sind aber die falschen Adressen, weil eine so umfassende und ganzheitliche Beratung, wie sie die ALSO anbietet, dort nicht geleistet werden kann. Aber selbst wenn dem so wäre – denkt irgend jemand wirklich im Ernst, mit den städtischen Mitteln, die bisher der ALSO zur Verfügung gestellt wurden, könne man ein derart umfangreiches Beratungsangebot bewältigen? Oder wird gar spekuliert, dass unter städtischer Regie eben weniger Beratungssuchende kommen könnten? Die ALSO über die Klinge springen zu lassen ist unverantwortbar und töricht dazu.

Beim zweiten Beispiel handelt es sich um das Frauenhaus der Arbeiterwohlfahrt. Es soll nach dem Willen von Verwaltung und SPD schließen; deswegen wurde das Mietverhältnis zu Ende September dieses Jahres gekündigt und nur noch ein Betrag zur "ordentlichen Abwicklung" (so wörtlich) bewilligt. Die von der Verwaltung angeführten Argumente für die Schließung sind nicht stichhaltig. Hier will ich nur folgendes sagen: Das AWO-Frauenhaus hatte im laufenden Jahr eine Belegung von im Mittel rund 70%, im September lag sie bei 120%. Alleine an diesen Zahlen kann man erkennen, dass die von SPD und FDP zu verantwortende Schließung dieser Zufluchtsstätte unverantwortlich ist.

Beim dritten Beispiel handelt es sich um die Stelle der oder des Agenda21 -Beauftragten – seit über einem Jahr ist sie nicht besetzt. Damit fehlt eine wichtige Koordinationsstelle für diesen Prozess, der ja auf dem ehrenamtlichen Engagement von Bürgerinnen und Bürgern beruht, die sich darum kümmern, wie sich ihre Stadt unter ökologischen, ökonomischen, kulturellen und anderen Gesichtspunkten weiter entwickeln soll und kann. Auch hier sind es nur zwei Parteien, die Mittel dafür beantragen- wir Grünen und die PDS. Allen anderen Fraktionen und der Verwaltung scheint die Pflege dieses Bürgerengagements nicht so sehr am Herzen zu liegen. Und dabei ist doch gerade in der momentanen Situation diese ehrenamtliche Arbeit von unendlicher Wichtigkeit.

Kurz einige andere Beispiele: Verweigerung eines Mietkostenzuschusses für den Kinderschutzbund, bei dem ein hoher Anteil ehrenamtlicher Arbeit geleistet wird; drastische Kürzungen bei den Leistungen für Pro Familia, für die Verbraucherberatung, bei der Spielsucht-Beratung der Diakonie, Kürzungen im Bereich Jugendhilfe, Gemeinwesenarbeit und so weiter und so fort; auch hier gehen wegen der fehlenden städtischen Unterstützung zum Teil Drittmittel verloren. Düstere Aussichten auch in den Bereichen Kultur, Sport, Umwelt. Absolut

kennzeichnend für Haltung gegenüber diesen Gruppen und Einrichtungen ist übrigens, dass die Verantwortlichen bzw. Projektträger zum Teil erst aus der Zeitung von den sie betreffenden Kürzungen erfahren haben; soviel zum Stichwort "demokratischer Umgang miteinander".

Natürlich gibt es einige politische 'Notzugeständnisse' der SPD, etwa im Bereich Sport. Dabei werde ich aber den Eindruck nicht los, dass unter der Regie von Dietmar Schütz Verwaltung und SPD ein feines Wechselspiel abziehen. Die Verwaltung spart und streicht, die SPD darf ab und zu die Streichungen wieder rückgängig oder wenigstens zum Teil rückgängig machen und so ihre Duftnoten setzen und uns allen zeigen, dass sie tüchtig sozial ist. Sie, Herr Schütz, sind für das Ergebnis verantwortlich, das wir hier im Haushaltsentwurf vor uns liegen haben. Und zwar doppelt – als Oberbürgermeister und damit Chef der Verwaltung und aber auch, nicht zu vergessen, als prominentes SPD-Mitglied, ohne dessen Zustimmung in der Oldenburger SPD nicht viel laufen dürfte.

Gehen die Kürzungen auch an die Substanz mancher Einrichtung, so handelt es sich doch im Rahmen des Gesamthaushaltes um vergleichsweise bescheidene bis winzige Beträge. Zum Vergleich halten Sie sich bitte vor Augen, dass wir – die Stadt Oldenburg – täglich 31.000€ Zinsen zahlen; 2 Tage dieser Zinszahlungen, und das Überleben der ALSO wäre für ein Jahr gesichert. Freilich gibt es auch Bereiche, wo Kürzungen offensichtlich für Verwaltung und SPD tabu sind – so bei der Oldenburger Tourismus und Marketing Gesellschaft, um nur ein Beispiel zu nennen. Deren Etat wurde entgegen dem Trend um 10.000€ erhöht und beträgt nun 340.000€

Unsere Änderungsanträge im Verwaltungshaushalt belaufen sich auf rund 180.000€ allerdings nur, weil wir auf bestimmte Luftbuchungen a la SPD und CDU verzichtet haben; würden wir diese mit aufnehmen – z.B. die Mittel, die durch die Absage der Bundesgartenschau frei werden -, wäre auch unsere Bilanz mehr als ausgeglichen. In dem Zusammenhang erinnere ich an die geplante Sportarena. Nach den momentanen Schätzungen wird sie pro Jahr einen Verlust von 300.000€ einfahren, und keiner wird die Hand ins Feuer legen dafür, dass es nicht erheblich mehr wird. Auf der einen Seite ein teurer Profisportpalast, auf der anderen Seite Schließung sozialer Einrichtungen! Auf diesem Hintergrund fällt es nicht schwer, auf die Idee zu kommen, dass die derzeitigen Sparbemühungen offensichtlich auch dazu gedacht sind, den künftigen Verlust durch die Sportarena abzufedern.

Diesen Prestigebau kann sich die Stadt bei der momentanen Kassenlage unmöglich leisten. Dazu ein Zitat aus einer von der Verwaltung erstellten Ratsvorlage: "Bei einem Verzicht auf die Sportarena könnten die dargestellten Entlastungen ... einen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts bilden. Dieses – erhebliche – Einsparpotential steht dem defizitären Gesamthaushalt bei der zugrunde gelegten Rechnung nicht zur Verfügung." Tatsächlich beginnt die Sportarena schon jetzt unsaubere Schatten zu werfen, unter anderem den Haushalt des Eigenbetriebs Weser-Ems-Halle, den wir aus diesem Grund auch ablehnen. Nach unseren Schätzungen wird der Bau dieser sogenannten Dietmar-Schütz-Arena – oder gar Heiko-Wandscher-Arena? - alles in allem erheblich teurer als bisher zugegeben, und zwar um ein Mehrfaches der versprochenen 1,64 Millionen €

Noch zwei Bemerkungen zum Personalhaushalt. Erstens: die Sparpolitik straft besonders jene Ämter ab, die von sich aus schon personalpolitisch in den letzten Jahren gespart haben und belohnt faktisch jene, die ihren Apparat vor Personalabbau bewahrt haben. Zweitens: wir teilen die Einschätzung des Gesamtpersonalrates, dass angesichts der angespannten Haushaltslage nicht so recht nachzuvollziehen ist, dass es nun gerade bei Führungskräften zu Beförderungen kommen muss, die jährlich mit 130.000€ zu Buche schlagen. Da das Personalbudget nicht erhöht wird, steht dieses Geld an anderer Stelle nicht zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, ein genauer Blick in den Haushaltsplan und ein Vergleich der Größenordnungen zeigt ganz klar, dass es hier um Symbolpolitik geht, also weniger um den Spareffekt an sich, sondern eher darum, bestimmte Gruppen zu disziplinieren, ihnen klar zu machen, dass man keinen Wert auf sie legt. Und hier finden wir auch mit einem Grund dafür, warum der Haushalt jetzt so durchgepeitscht wird – im Januar, direkt vor der Landtagswahl, würde sich diese unsoziale Streichpolitik gar nicht gut machen; nach der Wahl werden wohl die Taschen in Hannover zugenäht sein, welche Partei auch immer die Regierung stellen mag, und da mag es dann um Landeszuschüsse etwa im Bereich Sport schlecht aussehen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushalt mit all seinen Kürzungen ist unausgeglichen, ungerecht, unvertretbar, zum Teil nicht sachgerecht und nicht nachvollziehbar. Ein Teil der sozialen Struktur wird zerstört, ein Stück Sozialgeschichte dieser Stadt geht zu Ende. Immer mehr Menschen wird der Boden unter den Füßen weggezogen. Hier wird der Präventionsgedanke zu Grabe getragen, da mag die SPD auch noch so beteuern, dem sei nicht so. Spätestens in ein paar Jahren wird uns das wieder einholen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen lehnt diesen Haushalt entschieden ab.

## Haushaltsrede 2003 (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich die Vorschläge der PDS-Fraktion für einen Alternativhaushalt vorstelle, sind zwei Vorbemerkungen erforderlich:

Die erste Vorbemerkung betrifft die allgemeine Haushaltslage. Sie ist tatsächlich dramatisch, überwiegend aber nicht selbst verschuldet. Die Hauptschuld trifft die Bundesregierung mit ihrer Steuergesetzgebung, die den Reichen und Superreichen Riesenentlastungen gebracht, die Kommunen aber in eine ausweglose Situation manövriert hat. Die PDS-Fraktion teilt deshalb in vollem Umfang die Forderung des Deutschen Städtetages an die neue Bundesregierung. Sie fordert eine Steuerreform – ich zitiere wörtlich - „mit dem Ziel, das Großbetriebe wieder ihren Beitrag zur Finanzierung der städtischen Aufgaben leisten, dass der Kreis der Steuerpflichtigen verbreitert und die Bemessungsgrundlage stabilisiert wird.“ Und weiter fordert der Städtetag als Sofortmaßnahmen ein kommunales Investitionsprogramm sowie die sofortige Rücknahme in der Gewerbesteuerumlageerhöhung.

Es ist doch ein grotesker Zustand, dass unser Oberbürgermeister ständig erzählt, es müsse überall gespart werden, gleichzeitig sich aber Geldvermögen in einem nie da gewesenen Umfang in den Händen weniger sammeln. Die bundesdeutschen Haushalte besitzen zusammen ein privates Geldvermögen von 4 Billionen Euro. Im statistischen Durchschnitt sind wir alle reich. Tatsächlich ist dieses Vermögen aber extrem ungleich verteilt. Die untere Hälfte der Haushalte hat einen Anteil von weniger als 5 %. Das obere Zehntel der Haushalte verfügt über mehr als die Hälfte dieser 4 Billionen. Allein die reichsten Familien der Bundesrepublik besitzen ein Privatvermögen von über 180 Milliarden Euro. Es ist deshalb nicht nachzuvollziehen, dass der Bundeskanzler angesichts dieser ungleichen Vermögensverteilung immer noch davor zurückschreckt, die unter Helmut Kohl abgeschaffte Vermögenssteuer wieder einzuführen und dabei sogar seinem sozialdemokratischen Parteikollegen in Niedersachsen, dem Herrn Gabriel, in den Rücken fällt. Die Vermögenssteuer kommt den Ländern zugute und kann deshalb auch ihren Beitrag zur Entlastung der kommunalen Haushalte leisten, weil diese wiederum von den Einnahmen der Länder abhängen.

Im letzten Jahr war ja schon erkennbar, welche katastrophalen Folgen die eichelsche Steuerreform für die kommunalen Haushalte angerichtet hat. Selbst unser Oberbürgermeister hat es ja gemerkt, nachdem er den Platz vom Bundestagsabgeordneten zum Oberbürgermeister getauscht hatte und damit der Realität ein Stück näher gerückt war. Bislang wird aber nur auf eine Enquete-Kommission verwiesen, auch die Regierungserklärung des wiedergewählten Bundeskanzlers enthält nicht einmal die Andeutung einer Lösung dieses Problems.

Aus dieser Feststellung, die ja wahrscheinlich viele mit mir teilen werden, folgt für mich aber eins: Wenn die übergeordneten staatlichen Stellen so mit den kommunalen Haushalten umgehen, haben sie das Recht verwirkt, sich als Aufsichtsbehörde - über die Bezirksregierung – als Zuchtmeister für sparsame Haushaltsführung aufzuspielen.

Die zweite Vorbemerkung betrifft die neue Form des städtischen Haushaltes als Haushaltsbuch. Dies wird ja als großer Fortschritt gepriesen. Tatsächlich bekommen wir den Haushalt ja jetzt in doppelter Form, nämlich als kameralistischer Haushalt und in der budgetierten Form mit den neu formulierten Produkten. Das vorgelegte Haushaltsbuch ist aber noch völlig unvollkommen. Die Zielbestimmungen sind unklar, unvollständig und überwiegend noch gar nicht politisch diskutiert. Hierzu nur ein Beispiel: Unsere Fraktion kann nur mit Kopfschütteln registrieren, wenn bei einem Produkt wie der Wirtschaftsförderung als Ziel die Zufriedenheit der Antragssteller, Investoren und Existenzgründer formuliert wird, eine vergleichbare Zielsetzung bei den Sozialleistungen oder beim Ausländeramt aber nicht zu finden ist. Hier wird offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen oder traditioneller ausgedrückt, in der Zielsetzung des Produkthaushaltes spielt sich die Klassengesellschaft wieder. Bei der Wirtschaftsförderung sollen die Antragssteller zufrieden gestellt werden. Bei der Sozialhilfe heißt es dann, dass der angebliche Missbrauch zu bekämpfen ist. Ich will nicht sagen, dass es fehlgeleitete Transferzahlungen nicht gibt. Sie gibt es aber in allen Bereichen und natürlich gerade auch bei der Wirtschaftsförderung. Nur dort will man nicht hinsehen, Subventionsmissbrauch nicht wahrnehmen und stattdessen die Antragsteller zufrieden stellen, statt kritisch nachzufragen, welche Subvention welchen Effekt bringt, welche Mitnahmeeffekte entstehen und ob Subventionen nicht vielleicht auch zu Unrecht gewährt werden.

Auch aus diesen Gründen betrachten wir das Haushaltsbuch in der vorliegenden Form mit dem Produkt-Haushalt erst mal als ersten Übungsentwurf. Rechtlich verbindlich ist er ohnehin nicht, da die Bezirksregierung ja über den kameralistischen Haushalt entscheidet.

Die politischen Gewichtungen des Haushaltes, die der Oberbürgermeister vorgenommen hat, unterscheiden sich nicht von den Gewichtungen der Haushaltsmehrheit aus SPD und FDP. Die Änderungsanträge, die die Mehrheitsfraktionen eingereicht haben, sind marginal und betreffen mal Tausend Euro hier und mal Tausend Euro da. Die Grundentscheidungen bleiben und die laufen darauf hinaus, die soziale Struktur der Stadt nachhaltig zu schädigen, wobei der damit erzielte Einspareffekt ziemlich klein ist, der angerichtete Schaden für die soziale Infrastruktur aber beträchtlich.

Der vorgelegte Haushalt ist frauenfeindlich. Das Frauennachttaxi soll liquidiert werden, ein Frauenhaus soll geschlossen werden, für DONNA 45 werden die Zuschüsse radikal gekürzt, die Elternbeiträge für die Kindergärten werden erhöht, was zu Abmeldungen von den Kindergärten und zum Ausscheiden vieler Frauen aus dem Berufsleben führen wird, und die Frauen wieder in die traditionelle Arbeitsteilung des vorigen Jahrhunderts zurück drängen wird. Auch Einrichtungen, die viel für den Schutz der Mädchen und Frauen vor männlicher Gewalt tun, werden mit dieser frauenfeindlichen Haushaltspolitik bestraft. Dabei hätten diese Einrichtungen Unterstützung verdient. Der Oberbürgermeister will mit seinem Haushaltsentwurf das Frauenhaus der Arbeiterwohlfahrt schließen. Die Ratsmehrheit von SPD und FDP will die Schließung dann geordnet abwickeln. Das unterscheidet die beiden Entwürfe. Begründet wird das Ganze damit, dass auch Frauen aus umliegenden Landkreisen hier Aufnahme gefunden haben. Erst auf Nach-

frage hat Frau Niggemann im Sozialausschuss erklärt, dass für diese Frauen aus den umliegenden Landkreisen für die Zeit des Aufenthalts im Frauenhaus auch entsprechende Geldleistungen erbracht werden. Worum es wirklich geht, ist schlicht und einfach der Umstand, dass diese Frauen, die in Oldenburg Schutz gefunden haben, nach dem Zwischenaufenthalt im Frauenhaus in Oldenburg, meist in einer GSG-Wohnung, unterkommen und dort sozialhilfeberechtigt sind. Dazu meint der Oberbürgermeister, dass wir solche Frauen nicht mehr „anlocken,“ dürfen. Was ist das für ein unverantwortliches Gerede ? Anlocken kann man doch nur mit besonderen Leistungen und nicht mit dem gesetzlichen Anspruch auf Sozialhilfe, die doch ohnehin nur das unterste Existenzminimum abdeckt. Dürfen wir hilfeschuchenden Frauen nicht einmal das garantieren ?

Wenn es meine Redezeit erlauben würde, würde ich am liebsten den offenen Brief vorlesen, den Wildwasser, autonomes Mädchenhaus, autonomes Frauenhaus, Mütterzentrum, DONNA 45, Frauenhaus der Arbeiterwohlfahrt, Therapie- und Beratungszentrum und das Zentrum für Frauengeschichte an den Oberbürgermeister und die Fraktionen des Rates geschickt haben. Ihnen ist dieser Brief bekannt. Sie von der Haushaltsmehrheit wissen also, was Sie mit diesem Haushalt anrichten.

Auf dieser Linie, vorrangig die Sparpolitik bei den sozial Schwachen anzusetzen, liegt auch die im Haushalt angelegte Entscheidung, den Zuschuss für die Beratungsstelle der Erwerbslosen, die ALSO, auf null zu kürzen. Damit soll eine unabhängige Kontrolle staatlicher Entscheidung von Arbeitsamt und Sozialamt ausgeschaltet werden und die Betreuung der Erwerbslosen, die über die Rechtsberatung weit hinausgeht, zerstört werden. Man fragt sich, was das Motiv für diesen radikalen Schnitt ist. Sicherlich liegt es daran, dass die ALSO wegen ihrer Unbotmäßigkeit bestraft werden soll, weil sie es gewagt hat, gegen die Kürzungen zu protestieren und den Protest der sozialen Initiativen zu organisieren. Die Zielsetzungen gehen aber weiter. Im Rahmen des Hartz-Konzeptes soll nicht die Arbeitslosigkeit sondern sollen die Arbeitslosen bekämpft und ein neuer Niedriglohnsektor aufgebaut werden. Um diesen Prozess vor Ort durchzusetzen, sollen die Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Dazu gehört die ALSO, die ja unter anderem den Menschen ein Bewusstsein von Würde und Selbstvertrauen zuspricht, die ihnen in einer Beratung auch einmal sagt, dass Sie nicht selbst Schuld an Ihrer Arbeitslosigkeit sind, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse, die das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit hervorbringen. Dabei schert es die Ratsmehrheit offenbar nicht, dass hier eine wichtige soziale Einrichtung liquidiert und auch deren Zugang zu Drittmitteln gefährdet wird. Die Folgeschäden sind eine Verschlechterung des sozialen Klimas in der ganzen Stadt. Ehrenamtliche Tätigkeit wird nicht belohnt, sondern bestraft. Das ist die Wahrheit dieses Haushaltsentwurfs, auch wenn der Oberbürgermeister anlässlich der Verleihung von goldenen und silbernen Stadtmedaillen das Gegenteil zu behaupten wagt.

Diese soziale Kahlschlagpolitik im konsumtiven Bereich ist aber auch konjunkturpolitisch schädlich. Es käme jetzt gerade darauf an, die Konjunktur anzukurbeln und Geld in diese Bereiche zu investieren, damit dort wieder mehr konsumiert werden kann und die Binnennachfrage erhöht wird. Der Oberbürgermeister kopiert mit seiner Politik aber nur die neoliberale Grundrichtung der Politik des Bundeskanzlers, dem der ehemalige SPD-Vorsitzende Lafontaine völlig zu Recht vorgeworfen hat, dass die von dieser Politik für die Konjunktur ausgehenden Signale an die gescheiterte Politik des Reichskanzler Brüning erinnern.

In wenigen Tagen, nämlich am 13.01.2002, wird sich der größere Teil des Oldenburger Rates sich in Berlin treffen, um am „deftig Oldenburger Grünkohl Äten„ teilzunehmen. Unsere Fraktion nimmt an diesem Festgelage nicht teil. Es wird nämlich nur teilweise gesponsert. Wenn Sie schon nach Berlin fahren wollen, um dort eine dieser Pappnasen zu ehren (Möllemann werden Sie wohl diesmal nicht nehmen) , dann könnten Sie dies doch wenigstens für eine kleine Demonstration nutzen, etwa derart „dieses Jahr fällt das Grünkohlessen aus,, oder „alle Teilnehmer müssen aus eigener Tasche bezahlen,,“ weil die Steuerpolitik die kommunalen Haushalte - auch den von Oldenburg – in den Ruin getrieben hat.

Der Alternativhaushalt der PDS-Entwurf sieht die hier nur kurz angesprochenen sozialen Kürzungen nicht vor. Nach diesem Haushalt werden auch keine Elternbeiträge für Kindergärten erhöht. Um das Haushaltsdefizit zu vermindern, schlägt die PDS vor, den Gewerbesteuerhebesatz von 410 auf 430 Punkte zu erhöhen, was einer Anhebung um 5 % entspricht. Wenn die Ratsmehrheit dem folgen würde, läge Oldenburg immer noch im Bereich vergleichbarer Städte (etwas über Osnabrück, gleichauf mit Göttingen aber immer noch unter Braunschweig und weit unter Hannover).

Da der Gewerbesteuerhebesatz seit 1997 unverändert ist, dürfte dies nicht zuviel verlangt sein. Denken Sie mal daran, dass Sie bei den Kindergärten keine Hemmungen haben, Erhöhungen um 15 % durchzusetzen.

Im Vermögenshaushalt hat die PDS-Fraktion in ihrem Alternativhaushalt Straßenausbauten zurückgestellt, die auch sehr umstritten sind, wie z. B. Rauhehorst. Dieser Straßenausbau ist nicht zu befürworten, wenn die Straße nicht gleichzeitig aus dem Vorbehaltsnetz herausgenommen und in die Tempo-30-Zone integriert wird. So lange dies nicht geschieht, sind wir dafür, den Straßenausbau zurückzustellen. Wichtig ist uns, dass die Sporthalle im Sportpark Osternburg endlich gebaut wird. Dies ist den Sportlerinnen und Sportlern des Stadtsüdens schon lange versprochen worden. Bis heute wird dieses Versprechen nicht eingelöst. Nicht einmal im Investitionsprogramm sind Mittel vorgesehen. Hintergrund ist natürlich die Tatsache, dass der Oberbürgermeister und die Ratsmehrheit ihre sportpolitischen Prioritäten umgedreht haben und den Profisport vor den Breitensport gestellt haben, also die Sportarena fördern und die Sporthalle wie auch die 50-Meter-Bahn für das Huntebad deshalb hinten runter fallen sollen. Wir halten an der Priorität fest, die auch immer vom Stadtsportbund formuliert worden ist, und danach steht die 50-Meter-Bahn für das Sport- und Freizeitbad an der Mühlenhunte und die Sporthalle im Sportpark Osternburg oben auf der Prioritätenliste. Sie haben dies umgedreht. Das ist für uns allein schon ein Grund, dem vorgelegten Haushalt nicht zuzustimmen.

Hans-Henning Adler



FDP- Fraktion - Altes Rathaus - Markt 1 - 26105 Oldenburg

**FRAKTION IM RAT  
DER STADT OLDENBURG**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Haushaltsrede des  
Rats Herrn Klaus-Dieter Reinking**

Oldenburg, den 22. Januar 2003

Herr Vorsitzender!  
Herr Oberbürgermeister!  
Meine Damen und Herren!

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einer depressiven Phase.

Dieser Zustand, eigentlich ein Gemütszustand, wird durch die täglichen Horrormeldungen in allen Medien auch noch untermauert.

Als Folge bekommen leider Pessimismus, Stagnation und partiell sogar Stillstand die Oberhand.

Der Bürger reagiert als Verbraucher zurückhaltend:  
⇒ also Stagnation im Einzelhandel!

Die allgemeine Investitionsbereitschaft wird von Bedenkenträgern dominiert!  
Einige Unternehmen investieren lieber im Ausland (fast 40 Prozent der Unternehmen denken so):  
⇒ also auch eine der Ursachen für die große Krise am Bau.

Diese beiden Beispiele sind als Folgen der Volkess Stimmung klar auszumachen.

Die Wirtschaftslage hat sich überall durch die Globalisierung verändert. Es gibt Risiken, aber auch Chancen für die Zukunft.

Aber die jüngsten Exportdaten weisen fallende Tendenzen aus.

Wenn jetzt nicht überall gegengesteuert wird, so werden sich unter Umständen die Arbeitslosenzahlen des Jahres 2003 noch weiter erhöhen.

Wir müssen also schleunigst einen Großteil der vier Millionen Arbeitslosen wieder in die Wirtschaft einbinden.

Nach wie vor gilt es, auf allen Ebenen von Wirtschaft und Politik Ideen und Konzepte zu entwickeln, so dass der Negativtrend gestoppt wird.

Das gilt auch für uns als Kommune und als Rat.

Auch wir sollen und wollen in Oldenburg erarbeitete Konzepte umsetzen.

Die Konjunkturlok muss schon im eigenen Bahnhof wieder in Fahrt kommen.

Es muss wieder vorwärts gehen!

Die europäische Zentralbank hat jüngstens den Leitzins deutlich auf 2,75 Prozent gesenkt.

Diese Maßnahme soll auch das Wachstum der Volkswirtschaften bewirken.

Auch Bund und Land sind aufgefordert, ihre Konzepte zu prüfen und dann schnellstens zu realisieren.

Die Wirtschaftsstrukturen unserer Region und die katastrophalen Haushaltssituationen in den meisten Städten und Gemeinden sind zu verändern.

Wir müssen handeln und wir müssen über die Mandatsträger erreichen, dass die Gemeindefinanzreform endlich kommt, damit wir wieder Luft bekommen.

Für die Mehrheit unseres Stadtrates kann gesagt werden, dass begriffen wurde, dass die guten Zeiten, in denen man sich so ziemlich alles leisten konnte, definitiv vorbei sind.

Auch die meisten Bürger haben Verständnis dafür, dass nun beim städtischen Haushalt fast überall, wo es möglich ist, gekürzt und gestrichen wird.

Im Gegensatz zu früheren Zeiten haben wir in Oldenburg nun ein Haushaltskonsolidierungs-konzept, welches wir auch **umsetzen** wollen.

Schon seitens der Verwaltung wurden freiwillige städtische Zuschüsse reduziert oder ganz gestrichen, sofern es Doppelstrukturen gibt.

Zwei Frauenhäuser sind mittelfristig nicht mehr finanzierbar.

SPD und FDP sind sich jedoch einig, dass es bei der Schließung eines dieser Häuser eine ordentliche Abwicklung geben muss.

So laufen Mietverträge bis zum Herbst 2003.

Fairerweise musste der Zuschuss für die Einrichtung entsprechend angepasst werden.

Doppelstrukturen sehen wir auch bei Donna und Also.

Wir meinen, dass man diese beiden Institutionen in der Vergangenheit hätte zusammenlegen können.

Wir weisen drauf hin, dass die Beratungsmöglichkeiten auch beim Arbeitsamt und bei der Beschäftigungsgesellschaft Stellwerk gegeben sind.

Eine Zusammenführung dieser beiden wiederum wäre möglicherweise als Vorstufe eines Job-Centers denkbar.

Eine solche Anlaufstelle für Arbeitslose und für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger gibt es bereits als Job-Center in Braunschweig.

Fast überall sind die freiwilligen Zuschüsse für die verschiedensten Bereiche von Gemeinschaftsaufgaben in sozialen und anderen für die Gesellschaft relevanten Bereichen dezimiert oder gar gestrichen worden.

Warum? – Das fragt sich jeder der betroffen ist – warum ausgerechnet bei mir?

Wir denken, dass diese Frage auch so beantwortet werden könnte:

Die freiwilligen städtischen Leistungen werden mit Krediten finanziert.

Mit Krediten, wofür wir neben Zinszahlungen auch noch die Tilgungsleistungen aufbringen müssen.

Bei der negativen Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt für 2003 in Höhe von rund 64,9 Mio Euro ist jeder Ansatz auf den Prüfstand zu holen.

Unter Berücksichtigung des Fehlbedarfes aus 2001 in Höhe von knapp 35 Mio Euro haben wir einen strukturellen Fehlbedarf von 29,9 Mio Euro.

Es gibt also keinen Spielraum mehr für Extras außerhalb der gesetzlichen Verpflichtungen und neben dem unbedingt Erforderlichen.

Wir verkennen aber auch nicht, dass es Bereiche gibt, wo mit großem ehrenamtlichen Engagement gearbeitet und gewirkt wird.

So gibt es z.B. für die JFZ „Kiek in“ der Selam Lebenshilfe mehr als 30 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer.

Neben Hilfen durch Sponsoren, wie jüngst durch das Theater Laboratorium, ist hier auch die Stadt gefordert, Unterstützung zu leisten.

Der im Haushalt beordnete Zuschuss wird beim Helfen helfen!

Der Bereich der Prävention liegt uns besonders am Herzen.

Auch hierbei sollte das Möglichste vom Möglichen erhalten und gefördert werden.

So wissen wir sehr wohl, welche immens wichtigen Aufgaben neben all den anderen auch gerade diesbezüglich in den Sportvereinen erfüllt werden.

Dort werden viele ehrenamtliche Aktivitäten zum Wohl der Allgemeinheit und zum Vorteil für den Nachwuchs geleistet.

Wir haben deshalb die arg reduzierten Haushaltsansätze der Verwaltung wieder deutlich korrigiert. Die Ratsmehrheit ist sich hier absolut einig.

Für den Bereich der Kultur wurde ein Ansatz für den Ausstellungsetat eingesetzt. Dieser soll durch Mehreinnahmen gegenfinanziert werden.

Den Oldenburger Bürgern und den Besuchern unserer Museen und Ausstellungen, zugleich auch den Gästen unserer Stadt müssen Attraktivitäten angeboten werden.

Entsprechende Marketingkonzepte sind beispielsweise beim Horst-Janssen-Museum bereits in Arbeit.

Wir wollen den im Trend liegenden Kulturtourismus verstärkt nach Oldenburg holen.

Wir wollen nicht zusehen, wie andere Städte so auch Hamburg, Bremen und Emden die Besucher in ihre Städte und in ihre Museen holen.

Die Etats dieser Städte sind für diese Bereiche deutlich aufgestockt worden.

Im Vermögenshaushalt, dem Bereich, wo es um die Substanz der Stadt geht, ist mit 56,57 Mio Euro ebenfalls alles ausgereizt.

Hier geht es ebenso um die Prioritätenliste.

Es geht darum, die Signale so einzusetzen, dass unbedingt Erforderliches und Notwendiges in der optimierten Reihenfolge für die Realisierungen richtig geordnet werden.

Aber alles muss im überschaubaren Rahmen bleiben.

Sowohl heutige Zinssätze wie auch Preise fordern klar zu antizyklischen Investitionen auf.

Machbares sollen wir also tun!

Gerade in schlechteren Zeiten sind die Kommunen in dieser Verantwortung.

Jetzt muss die Konjunkturlok angeschoben werden!

Damit der Zug wieder rollt, sollen alle Kräfte mobilisiert werden.

Hierbei ist auch die regionale Wirtschaft gefordert.

Die Vernetzungen auch mit der Uni sind unverzichtbar.

Die Wirtschaft ist auch bereit, per Sponsoring das ihrige dazu beizutragen.

So wollen wir jetzt den Bau der neuen Sportarena, angesiedelt bei der Weser-Ems-Halle, forcieren.

Das besondere Konzept der Finanzierung durch Sponsoren aus der regionalen Wirtschaft, auch mit bereits zugesagten Landesmitteln und nur zu einem geringen Teil durch die Stadt selber ist optimal und darf nicht gefährdet werden.

Der Architektenwettbewerb läuft bereits und es gilt jetzt „Gas zu geben“, damit die Maßnahme voran kommt.

Sport und Kultur warten!

Was weitere Großprojekte anbetrifft, so sind wir auch beim neuen Huntebad hoffentlich bald in der Bauphase.

Es wird nun auch langsam aber sicher Zeit, dass ein solches Bad den Bürgern zur Verfügung steht.

Ein Eigenbetrieb ist sicherlich der richtige Träger und Betreiber.

Weitere Planungen für die Areale Berliner Platz und Schlossplatz werden Früchte neuer Ideenentwicklungen und Konzeptionen sein.

Die nachfolgende Durchsetzung und Realisierung ist dann ein Gewinn für Oldenburg.

Auch Industrie und örtliches Handwerk mit ihren Arbeitnehmern werden partizipieren.

Gleiches gilt für die anstehenden Sanierungsmaßnahmen bei den Oldenburger Schulen.

Das in 2002 Begonnene, das Sanieren der Schulen kann in 2003 fortgesetzt werden.

Es gibt ein Fünfjahresprogramm für die Sanierungen, aufgelegt durch das Land Niedersachsen.  
Für 2003 stehen uns aus diesem Programm knapp eine Mio Euro zur Verfügung.

Weitere zusätzliche Maßnahmen für 2003 sind die Sanierung des Dachbaus des Schullandheims Bissel und die Sanierung bzw. der Umbau des dritten Flügels der Katholischen Grundschule Harlinger Strasse

Bei den Neubauten soll es mit der dreigruppigen Kindertagesstätte Krusenbusch im Mai 2003 losgehen und mit dem Bau der JFZ Kreyenbrück im Sommer.

Da wir dringendst weitere Kindergärten brauchen, haben wir die Planung des neuen Kindergartens im Herrenweg um ein Jahr vorgezogen.

Die vorbenannten Maßnahmen sind Beispiel für konkretes Handeln der SPD/FDP-Ratsmehrheit.

Die mutigen und erforderlichen Entscheidungen für solche positiven Entwicklungen werden auch getragen von dem Willen, der Stagnation und Depression in Wirtschaft und Gesellschaft Paroli zu bieten.

Jetzt sind wir gefordert das unsrige zu tun, damit der Optimismus die Oberhand gewinnt.

Wir wollen uns nicht „Stillstand“ auf die Fahnen schreiben.

Wir bitten um Zustimmung zum Haushalt 2003.

Wir wollen das Machbare auch machen, damit Optimismus und Mut wieder den Charakter der Stadt prägen!